

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Wache dein Standesbewußtsein.

Fordere nicht nur von anderen die Erfüllung ihrer Pflichten gegen dich als dein Recht; denke vielmehr daran, daß du deine Pflichten gegen dich, deinen Stand und die anderen Stände gewissenhaft erfüllst. Zuerst heißt es: Hilf dir selbst! Nur wer durch das Seine getan hat, hat ein Anrecht auf die Hilfe anderer. Denke oft daran: die Hebung des Arbeiterstandes muß an erster Stelle das Werk der Arbeiter selbst sein. Beteilige dich also eifrig am Arbeiterverein, an der Gewerkschaft, am politischen Leben. Verne das Opfer an Arbeit und Geld bringen, für die Arbeiterbewegung. Verne Standessolidarität, in der einer für alle steht und alle für einen. Habe Gemeingeist auch gegen Staat und Gesellschaft, denn das Gemeinwohl geht über alles. Gatte in deinem persönlichen Wandel, im Verkehr mit anderen auf Anstand und gute Sitten. Mäßigkeit im Benehmen, in Gesprächen und Scherzen, bei Vergnügungen, vor allem der Mißbrauch geistiger Getränke und alles Unzüchtige setzen den einzelnen und zugleich seinen Stand in den Augen anderer herunter. Echtes Standesbewußtsein treibe dich an, in der Erfüllung deiner Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnisse streng gewissenhaft zu sein. Du wachst über deine Rechte, wache auch über deine Pflichten.

Die deutsche Unfallversicherung im Jahre 1906.

Die gesamten Rechnungsergebnisse der deutschen Unfallversicherung für das Rechnungsjahr 1906 sind kürzlich dem Reichstage zugegangen. Es ist ein stattlicher Band, der da redet von der Organisation und den Leistungen der gesetzlichen Unfallfürsorge, der auf der anderen Seite aber ebenso eindringlich allen Beteiligten zum Bewußtsein bringt, daß das bisher Geschaffene bei weitem noch nicht imstande ist, Leben und Gesundheit derjenigen durchgreifend zu schützen, die gezwungen sind, sich in den Dienst der Produktion zu stellen.

Die nüchternen Zahlen, in denen sich Tausende von teils schweren, teils weniger schweren Unfällen wieder spiegeln, reden eine deutliche und eindringliche Sprache. An Arbeitern und ihren Organisationen sind sie ein Anporn, nichts unversucht zu lassen, um das bereits gesetzlich Bestehende in möglichstem Maße für sich nutzbar zu machen und ferner durch Aufdeckung vorhandener Mängel die Unterlagen für eine weitere gesetzliche Fürsorge zu bieten. Den entscheidenden Körperkraften mögen die vorliegenden Zahlen sagen, daß gegenüber der moralischen Pflicht, Leben und Gesundheit der deutschen Arbeiter wirkungsvoll zu schützen, das auch im verflossenen Jahre wieder gehörte Geld der egoistischen Unternehmertreibe über zu große Belastung, korrumpierenden Einfluß der Renten u. w. zu verkommen hat. Unterziehen wir nun im Nachfolgenden die rechnerischen Ergebnisse des Jahres 1906 einer kurzen Betrachtung.

Zuerst kann festgestellt werden, daß infolge der im Berichtsjahre anhaltenden günstigen Konjunktur wiederum die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte eine beträchtliche Vermehrung erfahren hat. Während im Jahre 1905 die durchschnittliche Zahl der versicherten Personen 20 242 470 betrug, stieg dieselbe im Jahre 1906 auf 20 727 213 Personen. Diese Zahl verteilt sich auf die einzelnen Versicherungssträger wie folgt:

Versicherungsträger	Versicherte		+ ob. -
	1806	1905	
Gewerbliche Berufs- genossenschaften	8 625 500	8 195 732	+ 429 768
Landwirtschaftliche Berufs- genossenschaften	11 189 071	11 189 071	-
Staatliche Ausführungs- behörden	809 671	771 895	+ 37 776
Provincial- und Kom- munal-Ausführungsbe- hörden	102 863	85 724	+ 17 139

Der Hauptanteil der Zunahme, fast eine halbe Million, entfällt somit auf die gewerblichen Betriebe.

Zum Zwecke der Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung bestanden im Jahre 1906 gewerbliche Berufsgenossenschaften 66 mit 349 Sektionen, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften 18 mit 535 Sektionen, ferner 205 staatliche und 322 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden. Während die Zahlen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und deren Sektionen gegenüber dem Vorjahre dieselben geblieben sind (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Sektionen, die um eine vermehrt wurden), haben die staatlichen Ausführungsbehörden eine Zunahme von einer und die Provinzial- und Kommunalbehörden eine solche von 10 gegenüber dem Jahre 1905 zu verzeichnen.

Die Zahl der der Unfallversicherung unterstehenden Betriebe ergibt folgendes Bild. Sie betrug bei den

	1906	1905	
Gewerblichen Berufsgenossen- schaften	659 935	637 611	+ 22 324
Landwirtschaftliche Berufsge- nosenschaften	4 695 789	4 658 826	+ 36 963

Während in dem vorhergegangenen Berichtsjahre die landwirtschaftlichen Betriebe nur eine kleine Abnahme aufwiesen, stehen sie in diesem Berichtsjahre mit einer bedeutenden Zunahme da.

Unser größtes Interesse nimmt natürlich die Zahl der Unfälle in Anspruch. Solche kamen im Berichtsjahre insgesamt 645 583 zur Anmeldung, und damit hat das Jahr 1906 den Rekord in dieser Hinsicht geschlagen. Ein Vergleich mit den Vorjahren ergibt folgendes Bild. Es kamen zur Anmeldung

1904	583 965	Betriebsunfälle,
1905	609 160	"
1906	645 583	"

Während auf 1000 Versicherte im Jahre 1904 29,38 Unfallbetroffene entfielen, stieg diese Zahl im Jahre 1905 auf 30,09 und im Jahre 1906 gar auf

35,96. Auf die beiden größten Versicherungssträger verteilen sich die angemeldeten Unfälle wie folgt:

	1906		1905		+ ob. -
	Zahl	auf 1000	Zahl	auf 1000	
Gewerbliche Berufsgenossen- schaften	449 903	414 445	414 445	36 458	+ 35 458
Landwirtschaftliche Berufsge- nosenschaften	144 289	144 939	144 939	939	- 939

Bei einigen gewerblichen Berufsgenossenschaften sind die Unfallziffern geradezu erschreckend hoch. So kamen bei der Rhein-westf. Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft auf 1000 Versicherte 198,41 Unfälle (also beinahe jeder fünfte Mann erlitt einen Unfall), bei der Knappscharts-Berufsgenossenschaft kamen auf 1000 Versicherte 127,52 Unfälle, bei der Brauerel- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft 126,83. Im Durchschnitt weisen die gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 1000 Versicherte 52,13 Unfälle auf, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 12,90, die staatlichen Ausführungsbehörden 56,28, die Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden 22,51 auf 1000 Versicherte. Stellt man endlich noch die Tatsache mit in Erwägung, daß eine große Anzahl von Unfällen überhaupt nicht zur Anmeldung kommen, so verleiht sich das gemalte trübe Bild noch um ein Bedeutendes. Schon früher haben wir die Forderung erhoben, daß die Berufsgenossenschaften immer mehr Institute zur Verhütung von Betriebsunfällen neben der Betätigung zur Entschädigung solcher werden sollen.

Die im Berichtsjahre eingetretene Unfallhäufigkeit beweist erneut, daß die Kontrolle über die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften noch vieles zu wünschen übrig läßt. Für die hierfür vorhandenen Organe ergibt sich eine bedeutend lohnendere und schönere Aufgabe, als wie sie in einer ungerechten Stellungnahme gegenüber Arbeiterorganisationen zutage tritt, wie wir kürzlich bezüglich der Gewerbeinspektion Elßaß-Lothringen an einem Falle in Metz feststellen mußten. Sonderbarerweise — oder bezeichnenderweise — ergibt nun auch die diesbezügliche Statistik, daß die Zahl der innerhalb der Inspektion Elßaß-Lothringen gelegenen revidierten Anlagen nur 24,5 Prozent beträgt. Wo hier der Hebel angelegt werden mußte, ist nicht sehr schwer festzustellen.

Die Unfälle, für die im Jahre 1906 erstmalig eine Entschädigung gezahlt wurde, haben gegen 1905 eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Ihre Zahl belief sich auf 139 726 gegen 141 121 in 1905.

Dagegen haben sich die Unfälle mit tödlichem Ausgang gesteigert, ihre Zahl betrug 1906 9141 gegen 8928 in 1905. Unfälle, die dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit im Gefolge hatten, waren 1906 1463 zu verzeichnen gegen 1487 im Jahre 1905.

Gewerbliche Berufsgenossenschaften	1906		Auf 1000 Vollarbeiter entfallende Unfälle			
	Zahl der Vollarbeiter	Entschädigte Unfälle	1906	1905	1904	1903
1. Bergbau	689 248	10 821	15,70	15,53	15,46	14,59
2. Steinbrüche	170 161	2 548	14,98	15,14	14,83	14,91
3. Glas, Töpferei, Ziegelei	364 857	2 415	6,62	7,0	6,5	6,03
4. Eisen und Stahl	1 271 387	14 283	11,23	10,99	11,25	10,53
5. Metall, Feinmechanik, Musikinstrumente	423 314	2 866	6,77	6,84	6,36	5,80
6. Chemie	195 356	1 805	9,24	8,71	8,65	7,93
7. Gas- und Wasserwerke	63 523	396	6,23	6,44	6,78	6,96
8. Textilindustrie	856 489	2 430	3,07	3,07	3,00	3,04
9. Papier, Buchdruck	342 226	1 643	4,80	5,05	4,57	4,57
10. Leder, Bekleidung	305 238	1 140	3,73	3,63	3,93	3,84
11. Holz	387 101	5 104	13,19	13,05	12,68	12,41
12. Nahrungsmittel, Fleischerei, Tabak	397 439	1 828	4,60	4,98	5,07	4,90
13. Mälzerei, Bäckerei, Molkerei, Brennerei und Stärke-Industrie, Brauerei und Mälzerei	296 781	3 414	11,50	12,19	13,39	11,79
14. Baugewerke (Privatbetriebe)	1 151 818	12 679	11,00	11,46	11,70	11,50
15. Kleine Zugsbetriebe	90 466	651	7,20	7,07	6,69	7,58
16. Lager, Fuhrwesen	382 097	5 755	15,06	15,56	14,31	16,55
17. Binnen-Schifffahrt	56 404	796	14,11	14,31	15,02	13,69
18. Seeschifffahrt (Privatbetriebe)	68 818	461	6,70	6,50	6,74	6,49
	7 512 728	71 227	9,48	9,55	9,49	9,21

Die vorstehende Tabelle gibt Auskunft über die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1906 und in den Vorjahren erstmalig entschädigten Betriebsunfälle. Zu beachten ist hierbei, daß sich die Verhältniszahlen nicht auf die Summe der Versicherten insgesamt beziehen, sondern auf die Vollarbeiter, d. h. für je im Betriebe pro Jahr geleisteten 300 Arbeitstage bzw. Schichten.

Wie die Verhältnisse bezüglich der erstmalig entschädigten Betriebsunfälle bei den staatlichen, kommunalen und provinziellen Ausführungsbehörden liegen, erhellt aus folgender Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Ausführungsbehörden, Beschädigte, Unfälle arbeiter entfallen auf 1000 Besch., Höhe der Entschädigung in M.

Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1906 erstmalig Renten erhielten, betrug bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 12 226, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 4908, bei den Ausführungsbehörden 1597, Sonstige 420, zusammen 19 151. Davon waren Witwen (Witwer) 6174, Kinder, Enkel 12 646, Verwandte aufsteigender Linie 331.

Ueber die geleisteten Entschädigungen der Versicherungsträger gibt untenstehende Tabelle Aufschluß.

Insgesamt verausgabten die Träger der Unfallversicherung somit an direkten Unterstützungen 136 605 608 41 M., gegenüber 129 610 408,67 M. im Jahre 1905.

Für Verwaltungskosten (einschließlich der Ausgaben für Unfalluntersuchungen, der Kosten des Rechtsganges etc.) verausgabten die Versicherungsträger die Summe von 19 998 617,91 M.

Table with 7 columns: Arten der Entschädigung, Entschädigte Personen, Gewerbliche Berufsgenossenschaft, Landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft, Staatliche Ausführungsbehörden, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden, Angegliederte Versicherungsanstalten

Die Berufsgenossenschaften haben für Unfallverhütung die Summe von 1 549 723,41 M. verausgabt. Die Ausführungsbehörden haben über diese Position keine spezialisierten Angaben gemacht.

Die Bestände der bis zum Schlusse des Rechnungsjahres angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen zusammen 234 840 527,84 M., zu denen noch rückständige Einlagen kommen. Die Versicherungsanstalten haben als Reservefonds 1 305 426,02 M. zurückgelegt. An sonstigem Vermögen (einschließlich der noch ausstehenden Beiträge usw.) werden für die Berufsgenossenschaften 35 922 418,55 M., für die Versicherungsanstalten 11 048 070,03 M. nachgewiesen.

Soviel über die Angaben in dem Rechnungsabschluss, die in erster Linie von allgemeinem Interesse sind. Wenn auch gewaltige Summen für die Unterbrechung des durch Unfälle herbeigeführten Glendes verausgabt worden sind, angesichts der ungeheuren Verheerungen, welche durch den Wirtschaftsbetrieb jahraus jahrein unter der deutschen Arbeiterschaft angerichtet werden, muß noch mehr wie bisher geschehen. Wie schon an anderer Stelle angedeutet, müßte vor allem das Augenmerk auf intensivere Maßnahmen zur Unfallverhütung gerichtet werden.

Sobald harten noch berechnigte Forderungen der Arbeiterschaft ihrer Erledigung, vor allem was die Mitwirkung der Arbeiter bei der Rentensfestlegung anbelangt. Das vorgesehene Zahlenbild dokumentiert endlich zur Genüge, daß alles aufgeboten werden muß, um beachtliche Verschlechterungen hintanzuhalten. Daß die Besorgnis nicht unbegründet ist, zeigt das sich besonders in landwirtschaftlichen Kreisen breitmachende Bestreben, die kleinen Renten zu beseitigen.

Zur Arbeitskammervorlage.

Die Kritik an dem von der Regierung veröffentlichten Gesetzentwurf betreff Arbeitskammern hat auf der ganzen Linie in ausgiebigster Weise eingesetzt. Weder bei den Arbeitern, noch bei den Unternehmern, noch bei den Sozialpolitikern hat der Entwurf Zustimmung gefunden, nicht einmal einigermaßen befriedigt. Im auf- und abwogenden Streit der Meinungen hat der verantwortliche Regierungsvertreter, Staatssekretär des Innern Dr. von Bethmann-Holl-

weg die erste passende Gelegenheit benützt, um sich im Reichstag öffentlich über die Beweggründe und Ziele zu äußern, die für ihn bei der Ausarbeitung dieser Vorlage bestimmend gewesen sind. Das geschah beim Etat des Reichsamts des Innern, in der Reichstags-Sitzung vom 4. März. Der Staatssekretär wies zunächst den von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf zurück, als ob sich die Regierung von den Scharfmachern beeinflussen lasse. Er unterrichtete sich von beiden Seiten und suchte dann das Richtige zu finden und durchzuführen. Dann kam er auf die einzelnen Hauptmomente der Vorlage zu sprechen mit folgenden Ausführungen:

Der Kern der gesamten Arbeitskammerfrage scheint mir darin zu liegen, ob man die Arbeitskammern sachlich oder territorial organisieren will, und, wenn man beide Organisationen anstrebt, welches die primäre Organisation sein soll. Die Antwort auf diese Frage wird sich meines Vorchaltens am zutreffendsten finden, wenn man die Funktionen überträgt, welche den Arbeitskammern übertragen werden sollen und übertragen werden können nach ihrem ganzen Begriff. Der Ausgangspunkt bei der Frage der Bildung von Arbeitskammern ist ja wohl der gewesen, daß man dem Arbeiterstand als solchem eine gesetzlich sanktionierte Vertretung schaffen will, welche ihn in den Stand setzt, seine speziellen ständischen Interessen in derselben Weise zur Geltung zu bringen, wie es anderen Berufsständen in den bereits bestehenden Organisationen, beispielsweise den Landwirtschaftskammern, den Ärztekammern, den Apothekerkammern, den Handwerkskammern usw., schon jetzt ermöglicht ist. Dabei wird die Sphäre der vom Arbeiterstand zu vertretenden Interessen so weit gegriffen, wie sich überhaupt ein Interesse des Arbeiterstandes als solchen konstruieren läßt. Erfasst werden sollen nicht nur die Verhältnisse des Arbeiters zum Arbeitgeber — nicht des einzelnen, sondern in der Gesamtheit —, nicht nur diese Verhältnisse in allen Beziehungen, seien sie öffentlich-rechtlicher, seien sie privatrechtlicher Natur, in allen Beziehungen, welche sich aus dem Arbeitsvertrage ergeben, sondern darüber hinaus die Gesamtheit der Interessen des Arbeiterstandes als solchen, wo er mit anderen, mit staatlichen, mit kommunalen, mit wirtschaftlichen Interessen und Interessentengruppen in Berührung kommt. So sollen die Arbeitskammern — so denkt man sich die Sache — tätig werden nicht nur auf dem Gebiete der Lohnbewegungen, der Tarifverträge, sondern sie sollen ihre Wirksamkeit auch bei allen denjenigen Wohlfahrtsmaßnahmen äußern, die, seien sie nun von Kommunen, seien sie vom Staate in die Hand genommen, im besonderen Maße das Interesse des Arbeiterstandes betreffen, so das Wohnungswesen in den einzelnen Kommunen, die Gestaltung der Verkehrsverhältnisse, die Ausgestaltung des Sparkassenwesens, Volksbibliotheken, Volksbäder usw. Kurz, man denkt sich die Sache so, daß die Arbeitskammer das Sprachrohr sein soll, durch das die Arbeiterschaft ihre Wünsche, auf welchem speziellen oder allgemeinen Arbeitergebiete sie nun liegen mögen, zur Geltung bringen kann.

Ich glaube kaum, daß man eine einheitliche Organisation finden kann, welche in gleichmäßiger Weise der Gesamtheit dieser Funktionen gerecht werden kann. Entweder werden die beruflichen Interessen des Arbeiterstandes zu sehr betont und die örtlichen Interessen — ich meine den Interessentkreis gegenüber der Kommune, gegenüber dem kommunalen Leben — benachteiligt, oder es ist das Umgekehrte der Fall. Ich habe mich nun bei der Aufstellung des Entwurfs auf den Standpunkt gestellt, daß es zweckmäßig sei, die berufliche Organisation als die primäre hinzustellen, und es war ganz natürlich, daß manning-

Vom Messing.

Vielen Verbandsmitgliedern, besonders denen aus der Gelbmetall-Industrie, dürfte es erwünscht sein, einmal etwas vom Messing zu hören, von dem Metalle, welches heute jährlich in hunderttausenden von Zentnern in Deutschland verarbeitet wird. Vorausgesetzt sei, daß das Thema nicht vom gelehrten oder wissenschaftlichen, sondern vom praktischen, für jedermann verständlichen Standpunkte behandelt werden soll.

Messing ist eine Legierung (Mischung) von Kupfer und Zink. Je nachdem dasselbe mehr Kupfer enthält, erscheint die Farbe mehr rötlich; bei einem größeren Gehalte an Zink erscheint die Farbe mehr gelb. In der Industrie werden in der Hauptsache 3 Arten von Messing gebraucht und zwar a) Tombak, mit einem sehr hohen Gehalte an Kupfer; b) Prima Messing, mit einem weniger hohen Gehalte an Kupfer; c) Tertia-Messing, mit einem hohen Gehalte an Zink.

Tombak ist das teuerste, Tertia-Messing das billigste Messing; der Preis für Prima Messing liegt auf der Mitte zwischen beiden. Tombak und Prima Messing lassen sich hart löten; Tertia-Messing jedoch nur weich, weil sein Schmelzpunkt tiefer liegt, als derjenige der Hartlote (eine feinkörnige Mischung von Kupfer, Zinn und Zink). Außer Blechen werden auch Stangen, Stäbe, Rohre, Charniere, Drähte in allen Facetten, sowie Blöcke zum Gießen in den 3 vorerwähnten Legierungen hergestellt und viel verarbeitet. Hauptächlich wird Messing zu besseren Haushaltungs- und Luxusgegenständen aller Art verwendet. Den aus Messing angefertigten Gegenständen gibt man, nachdem sie roh fertig gestellt sind, durch die verschiedenartigsten Manipulationen als da sind: Beizen, Gelbbrennen, Schleifen, Bürsten, Glänzen, Mattbrennen, Vernieren, Zappoieren, Verkupfern, Vernickeln, Verzubern, Vergolden, usw. noch eine für den speziellen Zweck und ihre besondere Verwendungsart passende und dem Auge wohlgefällige Färbung.

stellung der Gegenstände aus Messing und durch die an der Luft sich bildenden Oxidschichten an denselben verliert das Metall seine schöne Naturfarbe. Diese erhält es wieder durch das Beizen und Gelbbrennen. Die Beize, welche man dazu in mäßig warmem Zustande gebraucht, besteht gewöhnlich aus 1 T. Schwefelsäure und 9 T. Wasser. Dieselbe ist mit Vorteil in einem Gefäße aus Blei aufzubewahren. Man hängt die zu beizenden Gegenstände an Haken aus Messing-, Kupfer-, Nickel- oder Aluminiumdraht (aber ja nicht an solche aus Eisendraht) und bringt sie mit diesen in die Beize. In der Beize bleiben die Messinggegenstände je nach ihrer Verunreinigung 15—20 Minuten lang, bis sie eine vollständig oder gelbe Farbe bekommen haben. Hierauf nimmt man sie heraus und spült sie in viel reinem kaltem Wasser ab. Sodann bringt man die Gegenstände mit dem gleichen Haken in die sogenannte Vorbrenne. Diese ist eine Mischung von 1 T. Salzsäure und 2 T. Salpetersäure. In dieser Vorbrenne werden die Gegenstände etwa 5—8 Sekunden lang hin- und herbewegt, herausgenommen und wieder in kaltem Wasser abgospült. Nun kommt die Ware in die Glanzbrenne. Dies ist eine Mischung von gleichen Teilen Schwefelsäure und Salpetersäure und je einem geringen Zusatz von Kochsalz und gegläutem Kienruß. In dieser Glanzbrenne werden die Gegenstände ebenfalls etwa 5—6 Sekunden lang hin- und herbewegt, hierauf in kaltem, reinem Wasser abgospült noch einmal in heißes Wasser getaucht und sodann in säurefreiem Sägemehl angetrocknet.

Es sei hier gleich ein für alle Mal darauf hingewiesen, daß das Sägemehl, welches man zum Auf-trocknen der Metallwaren nach den verschiedenen Manipulationen verwendet, immer gut trocken und vollständig säurefrei sein muß, da sich sonst sofort wieder Oxidschichten auf den Metallen bilden, welche bei weiteren Prozeduren und Sinterungen mit den Metallen hinderlich sind. — Wenn die Gegenstände nun in Sägemehl angetrocknet sind, kann haben dieselben die Naturfarbe des betreffenden Metalles. Geringwertige Sachen werden nun direkt mit einem Vernis anacridin und der Gegenstand ist ver-

kaufs- resp. gebrauchsfertig. Bessere Sachen jedoch, hauptsächlich solche aus Gußmetall, müssen noch weiter verarbeitet werden, damit sie ein schönes, gefälliges Äußere bekommen. Um die beim Gießen und Feilen entstandenen rauhen Flächen zu beseitigen, werden die Gegenstände in erster Linie geschliffen. Dies geschieht an Schleifmaschinen mit Zirkularschleifscheiben aus Leder oder Holz, die mit einem mehr oder minder grobkörnigen Schmirgelleinestrich versehen sind. Damit die Schmirgelscheiben auf den Metallgegenständen fest angreifen, bestreicht man dieselben mit einer Mischung von Schmirgelpulver und geringwertigem Öl. Wenn alle rauhen und unebenen Stellen durch Schleifen beseitigt sind, dann werden die Gegenstände mit einer Zirkularschleifscheibe gebürstet, ebenfalls unter Benutzung von Schmirgelpulver und Öl. Endlich werden dieselben mit Messelscheiben unter Verwendung von Wiener Kalt und Talg ebenfalls an der Maschine auf Holzglanz poliert, zum Schluß in Benzin ausgewaschen und in Sägemehl angetrocknet. Die Gegenstände haben nunmehr ein schönes, hochglänzendes Aussehen. Damit dieselben nicht an der Luft oxidieren, werden sie mit einem Bepponiac überzogen. Dieser Lack wird nach einigen Tagen steinhart, ist vollständig farblos und verhindert, daß die Luft mit den Metallen in Berührung kommt. — Viele messingene Gegenstände kommen so mit Hochglanz versehen und zappoziert in den Handel. Andere dagegen und besonders solche mit reichen Verzierungen auf der Oberfläche werden mit einem Graphitstreich versehen. Die hochliegenden Stellen der Gegenstände werden mit einem wollenen Lappen wieder schön glänzend abgerieben, so daß nur der Grund schwarz bleibt. Man erhält dadurch die früher und auch heute noch so sehr beliebte Altemessingfarbe.

Je nach ihrer Verwendungsart werden die Gegenstände aber auch noch vielfach in anderen Farben hergestellt und zwar durch Beizen, durch das Anisoleverfahren, oder auf galvanischem Wege. Ueber das Färben des Messings in einem späteren Artikel.

sach. Kritiken, welche an dem Entwurf angehängt haben, nun gesagt haben: ja, aber wo bleiben die örtlichen Interessen? wo bleibt der Zusammenhang der Arbeitskammer mit der Kommune, mit der Behörde des Ortes, an dem die Arbeitskammer eingetragelt worden ist? Ich bin sicher, hätte ich mich auf den umgekehrten Standpunkt gestellt, hätte ich territoriale Organisationen vorgeschlagen, so wäre mit der Einwirkung gemacht worden: ja, können denn aber diese territorialen Organisationen den beruflichen Interessentkreis so wahrnehmen, wie es erwünscht ist? Und diese Kritik wäre auch eine ganz berechtigte gewesen. Man kann nicht beide Seiten der Sache in gleichem Maße durch eine Organisation erfassen.

Nun glauben die Anhänger des Territorialsystems die Frage lösen zu können, wenn sie Territorialkammern schaffen mit Fachabteilungen, dann sollen die Territorialkammern diesen örtlichen Interessentkreisen dienen u. d. die fachlichen Unterabteilungen den beruflichen Interessentkreisen. Ich glaube, die Anhänger dieses Systems übersehen die praktischen und prinzipiellen Schwierigkeiten, welche darin liegen. Zunächst fragt es sich, wie soll denn das Territorium abgegrenzt werden, in dem eine einheitliche örtliche Arbeitskammer begründet wird, unter Zusammenfassung des gesamten Kreises der Arbeiter, welche überhaupt in die Organisation der Arbeitskammer eingezogen werden sollen. — Ich spreche selbstverständlich von den paritätischen Arbeitskammern. Ich gehe auf die Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern zu errichten sind, nicht ein, nachdem die Mehrheit des Reichstags und mit ihr die Reichsverwaltung seiner Zeit sich für das Prinzip von Arbeitskammern, von paritätischen Kammern, ausgesprochen hat. Wenn ich aber im wesentlichen immer von Arbeitern in der Arbeitskammer spreche, so ist das natürlich nach den Zwecken und Aufgaben der Arbeitskammern. Aber ich habe dabei immer im Auge, daß bei den paritätischen Kammern auch die Arbeitgebervertreter gleichmäßig beteiligt sein werden.

Nun frage ich, wie sollen die territorialen Arbeitskammern örtlich abgegrenzt werden? Man denke daran, örtliche Arbeitskammern einzurichten für große Industriezentren, für große Kommunalverbände. Ich könnte mir sehr wohl eine territoriale Arbeitskammer denken, beispielsweise für Essen, für Köln, für Frankfurt a. M., für Nürnberg, für Groß-Berlin oder was Sie sonst nehmen wollen. Wie soll es aber in den industriearmen Gegenden und mit den kleinen Kommunen werden? Wie können ja nicht für jede einzelne Kommune im Deutschen Reich eine Arbeitskammer errichtet werden? Wie würden also die kleinen Gemeinden, namentlich in den industriearmen Gegenden, bezirksweise zusammenfassen müssen. Nehmen Sie an, für preussische Provinzen, einen preussischen Kreis, mehrere preussische Kreise, einen Regierungsbezirk, eine Provinz, kurz einen zusammengefaßten mehr oder minder großen Verwaltungsbezirk. Wie soll aber eine solche territoriale Arbeitskammer noch die örtlichen Interessen befriedigen können? Die örtlichen Interessen sind an die kommunale Einteilung gebunden. Dort spielen sich die örtlichen Interessen ab. Wie aber eine auch nur für einen preussischen Kreis gebildete Territorialarbeitskammer die Interessen der kommunalen Sozialpolitik, will ich einmal sagen, in den einzelnen Landstädten wahrnehmen soll, weiß ich nicht; denn die Verhältnisse in den einzelnen Ortschaften sind viel zu verschieden. Und dann weiter, durch welche inneren Bande soll eine solche territoriale Arbeitskammer zusammengehalten werden? Es fehlt bei einer solchen an jeder Gemeinschaft beruflicher Interessen und an jeder Gemeinschaft der örtlichen Interessen. Es bleibt nichts weiter übrig für die Arbeiter, als die Qualität, daß sie Arbeiter sind, und ebenso auf der umgekehrten Seite die Qualität bei den Arbeitgebern, daß sie Arbeitgeber sind. Aber ein gemeinsames Band, welches die Leute zusammenhielte, ein Band, welches die Maschine aktionsfähig machte, das gibt es nicht. Ich befürchte, daß, wenn wir solche Territorialarbeitskammern gründeten, der Gegensatz, der nun einmal zwischen Arbeitern und Arbeitgebern besteht, und bestehen wird, solange die Welt existiert, vertieft wird, anstatt überbrückt zu werden.

Nun bedenken Sie aber, daß die Arbeitskammern in den großen Industriezentren, von denen ich zuerst sprach, doch nur die Minderzahl sein werden, und wenn für die große Zahl der Fälle im übrigen Reich für einen größeren Verwaltungsbezirk errichtet werden sollten, ich glaube, dann werden Sie sich selber sagen: diese Konstruktion ist nicht praktisch. Und wie steht es mit den fachlichen Unterabteilungen, sofern die Anhänger des Territorialsystems solche im Auge haben? Auch hier wiederholt sich derselbe Gegensatz. In großen Kommunen würden solche Fachabteilungen möglicherweise zu bilden sein; aber in den anderen Kommunen, in den Kommunen für das industriearme, flache Land, wie sollen die Fachabteilungen gegründet werden? Für welche Gewerbe? Wie schwach werden diese Fachabteilungen vertreten sein, wie werden da überall Koalitionswahlen stattfinden müssen, um überhaupt eine Fachabteilung zustande zu bringen, soll nicht die Gesamtzahl der Vertreter in der Territorialkammer eine ganz unangenehm große werden? Und wie sollen denn diese einzelnen Fachabteilungen für Textilindustrie oder für Eisenindustrie, die wir in der Zahl von hunderten, von tausenden im Deutschen Reich haben würden, — wie sollen die herangezogen werden können vor dem Reichstag, von der Gesetzgebung, von der Reichsverwaltung, wenn es sich darum handelt, Fragen, welche dieses Fach besonders interessieren, neu zu regeln, als es bisher geschehen?

Alle diese Bedenken haben mich zu der Erwägung geführt, ob es richtig sei, die Angelegenheit umgekehrt anzufassen und als die primäre Organisation die berufliche Organisation ins Auge zu fassen. Wir haben, wenn wir das tun, den Vorteil, daß wir Kammern tatsächlich so bilden können, daß die sämtlichen in Frage kommenden Arbeiter des Deutschen Reiches von irgend einer der zu bildenden Kammern ergriffen werden, daß wir in diesen Kammern eine sachgemäße Vertretung der beruflichen Interessen des betreffenden Arbeiterkreises tatsächlich haben, eine Vertretung, die, weil sie in sich einheitlich und innerlich gesichert ist, eine sehr viel größere Macht hinter sich hat als die verteilten fachlichen Unterabteilungen von Territorialkammern. Und meinen Sie nicht auch, daß, wenn ich fachliche Arbeitskammern ins Auge faßt habe,

ich vom der praktischen Entwicklung der Dinge verfolgt bin, wie sie sich in Deutschland und überall einmal gestaltet hat? Die großen Arbeiterorganisationen haben ihren Ursprung ganz unzweifelhaft im fachlichen Gedanken gefachlichen Berufsgemeinschaft beruht ihre Stärke, auch in der weiteren Ausbildung. Das eine muß ich ja zugeben, die beruflichen Interessen, auf die man doch so großen Wert legen sollte, kommen dabei etwas zu kurz.

Das gebe ich ganz offen zu: diejenige Fühlung des Arbeiterstandes mit dem Arbeitgeberstand, mit den Verwaltungsbehörden, die erwünscht wäre, um manche Mißverständnisse zu beseitigen, wird in erster Linie hierbei nicht so gepflegt, wie es auch mein Wunsch wäre; aber ich bitte bedenken, daß gerade in den Orten, wo die Industrie am stärksten vertreten ist, tatsächlich wahrscheinlich der Sitz einer, eventuell zweier beruflicher Kammern sein wird, und daß jedenfalls an diesen Orten die Kammern sehr wohl in der Lage sind, auch wenn sie beruflich organisiert sind, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Kommunalbehörden zu wahren; denn wir haben ja doch im allgemeinen die Entwicklung derart, daß sie die einzelnen Industrien auch distriktweise zusammengefaßt haben, daß sich an einzelnen Orten besonders die Eisenindustrie, die Textilindustrie usw. konzentriert haben.

Dann wird man in der Zukunft vielleicht weiter erwägen können — es ist das ein Plan, der in dem Entwurf noch nicht angedeutet ist, sondern lediglich bei mir entstanden ist — ob, wenn die beruflichen Arbeitskammern gut funktionieren, aus ihnen örtliche Ausschüsse werden gebildet werden können. Dann würden die örtlichen Ausschüsse die Unterorganisationen sein. Das würde immerhin den Vorteil haben, daß man nicht in jedem Ort einen solchen Ortsausschuß der fachlichen Kammern zu gründen brauchte, sondern nur an den Orten, wo ein tatsächliches Bedürfnis dafür vorhanden ist. Wir würden aber gleichzeitig die fachliche Arbeitskammerorganisation für das ganze Reich haben.

Das sind im wesentlichen die Gründe gewesen, welche mich bewegen haben, fachliche Arbeitskammern vorzuschlagen. Ich glaube, daß, wenn eine Verständigung über diesen Punkt erzielt ist, eine Einigung über die weiteren Fragen sehr viel leichter sein wird. Der Entwurf schlägt vor, daß sich die fachlichen Arbeitskammern an die Berufsvereinigungen anschließen sollen, und da habe ich wohl gesehen, wenn der Gedanke überhaupt aufkauche, so solle man die Finger davon lassen; die Berufsvereinigungen seien so unpopuläre Organisationen bei den Arbeitern, daß, wenn man an sie die neuen Organisationen anlehnte, unter allen Umständen ein lebensunfähiges Kind zur Welt komme. Mit der Anlehnung an die Berufsvereinigungen haben wollen, so müssen wir die vorhandenen Gewerbe in Deutschland sachlich gegeneinander abgrenzen, und liegt es da nicht nahe, daß man die bestehende Abgrenzung in den gewerblichen Berufsvereinigungen zu benutzen versucht, sie als einen Rahmen auffaßt, an dem sich die neue Organisation anlehnen kann, und zwar sowohl nach ihrer Scheidung der Gewerbe in sachlicher Beziehung als auch nach ihren örtlichen Trennungen und Teilungen in den Sektionen? Ich denke mir diese Anlehnung aber durchaus nicht in flüchtiger Weise.

Ich habe in dem Entwurf vorgesehen, daß über die Errichtung der Arbeitskammern der Bundesrat zu beschließen hat. Auch das ist natürlich bemängelt worden, und es ist gesagt worden, es müsse alles im Gesetz bestimmt werden, man könne dem Bundesrat nicht solche Machtvollkommenheiten übertragen. So können wir nicht verfahren; wollen wir die Sache praktisch einrichten und die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen, so kann das nur geschehen, wenn einer Behörde, als die ich hier den Bundesrat bezeichnet habe, eine gewisse Freiheit gestattet wird, um den wirtlichen Bedürfnissen nachzukommen. Ich will mir beispielsweise einmal sagen: ich würde glauben, daß für die Musikinstrumentenindustrie zwei Arbeitskammern genügen, eine in Leipzig und eine in Stuttgart, vielleicht auch eine dritte in Berlin oder noch eine vierte. Für andere Gewerbe werden sehr viel mehr Arbeitskammern erforderlich sein. Die verschiedenen Gewerbe haben sich ja vielfach landschaftlich gleichmäßig entwickelt, wir haben z. B. eine schlesische Textilindustrie, eine sächsische, eine westliche, eine süddeutsche Textilindustrie usw.; da werden sich unter Ueberwindung der Grenzen der Bundesstaaten oder unter Einhaltung der Grenzen der Bundesstaaten eine ganz große Zahl von Möglichkeiten ergeben, die vom Bundesrat nachher dem praktischen Bedürfnis entsprechend geregelt werden sollen.

Eine andere sehr lebhafter Kritik hat sich an die Vorschläge über die Wahlen angeküpft. Es ist bekanntlich vorgeschlagen, daß die Hälfte der Arbeitervertreter von den Arbeiterausschüssen gewählt werden sollen, die andere von den Besitzern bei den Berufsvereinigungen. Wenn ich dabei die Arbeiterausschüsse zunächst ins Auge gefaßt habe, so ist es mir klar, daß die Organisation schließlich nur wirksam werden könnte, wenn die Arbeiterausschüsse weiter ausgedehnt würden, als es gegenwärtig der Fall ist. Ich will heute nicht auf die Frage der obligatorischen Arbeiterausschüsse und auf die Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung in dieser Beziehung eingehen. Ich bin überzeugt, die Weiterbildung der Arbeiterausschüsse wird eine ganz natürliche Entwicklung der Dinge sein. Sie kann gefördert werden durch die Gesetzgebung, aber auch ohne solche Förderung wird sie sich vollziehen. Es besteht einfach ein dringender Wunsch nach Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse. Die Herren aus dem Zentrum haben schon bei der ersten Staatsberatung angekündigt, daß sie einen entsprechenden Antrag einbringen würden. In gewissen Kreisen erfreuen sich also die Arbeiterausschüsse einer gewissen Popularität und eines gewissen Vertrauens, und wenn der Entwurf nun die Arbeiterausschüsse als Wahlkörper hinstellt, so scheint mir das von vornherein ein nicht gar so unebener Gedanke zu sein. Ob die Besitzer bei den Berufsvereinigungen richtig gewählt sind, das will ich dahingestellt sein lassen. Ich will Ihnen aber ganz offen erklären: ich fasse die Wähler bei diesen Gelegenheiten und bei anderen Gelegenheiten immer nur als Mittel zu einem Zweck auf und nicht als einen Selbstzweck; worauf es mir bei der Bildung von Arbeitskammern ankommt, wird das sein, daß wir

von jenen der Arbeiter diejenigen Vertreter hinstellen können, die von dem Vertrauen ihrer Mandanten getragen sind, und daß sie diejenige Intelligenz, diejenige Energie, diejenige Ueberzeugungstreue mitbringen, die notwendig ist, um die Geschäfte zu fördern.

Man hat mir den Vorwurf gemacht: die Wahlen und die ganze Konstruktion sei so eingerichtet, als wolle ich den Arbeitskammern solche Vertreter der Arbeiter zuführen, die zu allem ja und Amen sagen. Zu keiner Weise! Wenn solche Vertreter gewählt würden, die von vornherein zu allem ja und Amen sagen, dann wird aus der ganzen Einrichtung nichts Brauchbares; sondern wir müssen Männer und Frauen haben — sowohl von Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer — welche überzeugungstreue sind, welche nicht zu allem ja und Amen sagen, aber auch nicht solche, welche von vornherein mit der Absicht hinkommen, zu allem nein zu sagen. Insofern hat die Form der Wahl eine untergeordnete Bedeutung. Ich werde bereit sein, jeden Vorschlag, der mir entgegengebracht wird, mit voller Unbefangenheit daraufhin zu prüfen, ob er die Erreichung des Zieles sichert.

Der Staatssekretär berührte dann noch die Kostenfrage, deren Regelung in der jetzt vorgeschlagenen Weise auch ihm bedenklich sei. Die Kosten einer Organisation von Arbeitgebern und Arbeitern nur den ersteren allein aufzuerlegen, könne von vornherein schädlich wirken. Er werde deshalb auch in diesem Punkte jedem besseren Vorschlag zugänglich sein. Er schloß dann mit der Versicherung, er wünsche eine Organisation zu schaffen, welche von kräftigem Leben erfüllt ist:

„Daß das Gesetz der Organisation kein Leben einhauchen kann, das ist sicher. Wir können nur einen gewissen äußeren Rahmen hinstellen, mit Leben erfüllt werden soll er von den Beteiligten, den Arbeitgebern und den Arbeitern. Aber das gebe ich Ihnen zu, der Gesetzgeber muß den Rahmen so aufstellen, daß er tatsächlich von den Beteiligten benutzt werden kann. Das ist meine Absicht gewesen. Sie werden ja an dem Entwurf Ihre Kritik üben. Aber vielleicht werden Sie mir zugeben, daß die Gedanken, die mich geleitet haben, nur diejenigen gewesen sind, welche mir als die geeigneten erschienen, um zu einem praktischen Ziele zu gelangen.“

* * *

Man braucht in der Sache nicht mit allem einverstanden zu sein, was der Minister hier gesagt hat, aber ein tieferes Erfassen der gewiß schwierigeren Materie und auch den ehrlichen Willen, etwas Gutes zu schaffen, wird man ihm nach dieser Auslassung nicht abprechen können. Was für uns besonders wichtig und wertvoll in dieser Stellungnahme des Staatssekretärs sein muß, ist die Zusage, daß die Regierung mit sich reden lassen und Verbesserungs-vorschlägen zugänglich sein will. Das kann uns vorläufig genügen. Wohlthuend berühren nach dieser Richtung hin vor allem die Äußerungen von Bethmann-Hollweg bezüglich des vorgesehenen Wahlverfahrens, das für die christlich-nationale Arbeiterschaft den schwersten Stein des Anstoßes in der Regierungsvorlage bildet.

Zu einem schwerwiegenden Mangel der Vorlage, nämlich dem Geltungsbereich — Einbeziehung der handwerksmäßigen Berufe und ländlichen Arbeiter — hat sich der Minister leider nicht geäußert. Hoffentlich wird die Regierung auch in dieser Frage mit sich reden lassen und sich einer besseren Einsicht nicht verschließen. Die vorstehende Rede des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg hat unsere vordem nicht allzu große Hoffnung, daß unter allseitigen guten Willen aus der Vorlage doch noch etwas Nützliches und Brauchbares zu Stande kommen könne, neuerlich belebt und wesentlich gestärkt. Möge diese Hoffnung sich erfüllen zum Wohle des Arbeiterstandes und der Gesamtheit.

Aus dem mitteideutschen Bezirk.

Der jeben von der Handelskammer zu Hannover erschienene Jahresbericht für 1907 enthält eine Reihe wichtiger Momente in bezug auf die Metallindustrie besonders für die Edelmetallindustrie. Unteren Kollegen dürfte das nachfolgende sicher von Interesse sein.

Im allgemeinen Teil weist der Bericht darauf hin, daß das Jahr 1907 immer noch als ein vorwiegend gutes Wirtschaftsjahr zu bezeichnen ist. Erst seit September, Oktober sei ein Rückgang in der Konjunktur zu bemerken gewesen. Als Ursache hierfür wird zunächst der enorm hohe Goldstand (die Verteuerung des Geldes), angegeben, indem hierdurch zunächst die Autarkie im Bezirk gefährdet wurde. Dadurch wurde der Absatz der von dieser abhängigen Industrie ins Stoden gebracht und damit auf weitere Gebiete übertragen. Auch beklagt der Bericht, daß dadurch die prompte Begleichung fälliger Verbindlichkeiten sehr gelitten, und namentlich in der Edelmetallwarenbranche eine schleppende Zahlungsweise zu verzeichnen war.

Als weitere höchst bedeutsame Erscheinung für 1907 wird die außerordentliche Denerung aller Lebensmittel und fast aller anderen Bedürfnisse angegeben. Namentlich ist angeführt Milch, Kartoffeln und Brot. Dieser Zustand trifft besonders den Arbeiterstand ganz empfindlich. Ebenso die steigenden Steuern und in bezug auf diesen Punkt heißt es:

„In dieser Hinsicht hat die Novelle zum preussischen Einkommensteuergesetz mit ihrer Deklarationspflicht der Arbeitgeber und mit ihrer Abänderung des Arbeitsverdienstes von Mann und Frau, mag man sie auch finanzpolitisch richtig nennen, doch den

Widger vieler Arbeiterjammer eine neue schwere Belastung gebracht."

Im weiteren kommt dann der Bericht auch mit wenigen Worten auf das Gebiet der Sozialpolitik zu sprechen. Inbezug auf die Hausindustrie (die ja auch zum Teil mit der Edelmetallindustrie zusammenhängt) wird zu dem neuesten Entwurf der Novelle zur Gewerbeordnung geschrieben: "Wie notwendig auch mancherlei Besserungen gerade für diesen Teil der gewerblichen Tätigkeit sein mögen, so möchten wir andererseits doch auch nicht unterlassen, vor zu weitgehenden Beschränkungen und vor zu gleichmäßiger Behandlung der zahlreichen und sehr verschiedenartigen hausindustriellen Unternehmungen zu warnen."

Wenn auch in einem nachfolgenden Satz darauf hingewiesen wird, daß durch die Hausindustrie die Bevölkerung mancher Distrikte erst zu Wohlstand gelangt ist, so haben wir doch das Gefühl, als wenn der in obigem Satz erfolgte Fingerzeig an die Regierung nur dem eignen Interesse der Unternehmer zunächst dienen soll. Auch spricht sich der Bericht als unbedingter Gegner gegenüber der geforderten Einführung von Handelsinspektoren aus, weil dieselben überflüssig seien und Zwietracht zwischen Prinzipale und Angestellte säen würden.

Als erfreulich wird die Entwicklung des Kartellwesens bezeichnet. Namentlich die Neubildung des Vereins europäischer Emaillierwerke, dem 45 Firmen beigetreten sind, und dessen deutsche Mitglieder sich wieder zu einem Unterverband zusammengeschlossen haben. Ein deutlicher Hinweis für alle unsere Kollegen in dieser Industrie, auch ihrerseits mehr für den Ausbau unserer Organisation tätig zu sein.

Dann befaßt sich der Bericht mit den einzelnen Industrien des Bezirks. Bezüglich der Edelmetallwarenfabrikation und deren Hilfsindustrie wird ungefähr folgendes ausgeführt: Als Luxusbranche war die Hanauer Hauptindustrie namentlich durch die Krise in Nordamerika in Mitleidenschaft gezogen. Als Saisonindustrie litt dieselbe unter dem ungünstigen Sommerwetter von 1907. Das Weihnachtsgeschäft litt unter der Geldteuerung und seiner Begleitererscheinungen.

Auch der Auslandsmarkt müßte die Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Namentlich mache Italien und Oesterreich mit seiner existierenden eignen Bijouterie-Industrie der hiesigen immer mehr Konkurrenz durch die dortigen bestehenden niedrigen Löhne. Diese Löhne werden als interessantes Schulbeispiel für die zur Zeit bestehenden Grenzen der Arbeiterforderungen hingestellt.

Beklagt werden die hier bestehenden hohen Löhne (?? D. B.), namentlich auch, daß durch den festgelegten Lohnzuschlag von 100% seit 1906 die Sonntagsarbeit so gut wie vollständig aufgehört habe. Der 1906 abgeschlossene Vertrag mit den Arbeitern läuft am 1. Juli 1908 ab, wozu der Bericht bemerkt: "Ob und in welcher Weise dann eine Neuregelung vorgenommen werden wird, bleibt abzuwarten."

Gleich der nächste Satz heißt dann: Als Abwehrorganisation und insbesondere zu gleichartiger Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der gesamten deutschen Edelmetallindustrie haben sich im Berichtsjahre (1907) die Arbeitgeberverbände von Hanau, Oberstein, Hirschheim und Schm. Gmünd zu einer Vereinigung der Arbeitgeber der deutschen Edelmetallindustrie und verwandte Industriezweige mit dem Sitz in Hirschheim zusammengeschlossen. Die Vereinigung arbeitet noch an ihrem weiteren Ausbau und soll namentlich alle übrigen örtlichen Arbeitgebervereinigungen und alle großen Einzelfirmen der betr. Industrien sich angliedern. Ebenfalls ein Fingerzeig für unsere in diesen Industrien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Unter den einzelnen Zweigen der Edelmetallindustrie wird dann hervorgehoben, daß die Fabrikation seiner Gold- und Juwelenwaren bis zum Oktober 1907 teilweise noch durch Ueberstunden ihre Produktion steigern mußte. Ebenso wird der Geschäftsgang in Bijouterien mittelselbener Genres als befriedigend bezeichnet. Auch die Fabrikation von Goldketten und Kettenbijouterie mußte teilweise mit Ueberstunden arbeiten, doch wird bei dieser Industrie über Mangel an brauchbaren Arbeitskräften geklagt.

Wird nun in vorstehendem der Zustand der Goldindustrie als ein guter bezeichnet, so ist bei der Silberindustrie das Gegenteil der Fall. Hier konnte die Arbeitszeit von 9 Stunden täglich nicht aufrecht erhalten werden und in manchen Betrieben mußte die Arbeiterzahl um 15% verringert werden. Beklagt wird hierbei, daß es noch nicht möglich war, gemeinsame Minimalpreise zum Verkauf zu verwirklichen.

Die übrigen Kapitel über Edelsteine und Juwelen sowie Perlenhandel und Diamantenmarkt können wir hier übergehen und wollen nur noch zum Schluß die Emailierindustrie erwähnen, da hier namentlich Fulda in Betracht kommt.

Die Angaben über diese Industrie sind sehr knapp gehalten, namentlich vom Unternehmerstandpunkt aus betrachtet, und daher mit Vorbehalt anzunehmen zu

nächst heißt es: "Die Produktion von emaillierten Eisenblechwaren hat sich gegen das vorangegangene Jahr nicht verändert." Im Fuldaer Stanz- und Emailierwerk ist doch nach der bedeutenden Vergrößerung des Betriebes vom Vorjahr und der technischen Verbesserung im Betrieb sicherlich eine erhöhte Produktion eingetreten. Die Krise setzte dort erst in der letzten Hälfte vom Dezember 1907 ein und kann auf die gesamte Produktion des Jahres keinen großen Einfluß mehr ausgeübt haben.

Der Absatz der Waren konnte an allen Stellen aufrecht erhalten werden, obwohl sich die Schwierigkeiten für deutsche Waren auf den internationalen Märkten noch vermehrt hätten. Beklagt wird über diejenige Auslandskonkurrenz, welche gegenüber der deutschen Industrie mit billigen Rohmaterialien zu rechnen hat. Die Preise konnten sowohl für Rohfabrikate wie auch Fertigfabrikate bis auf kleine Abweichungen hochgehalten werden.

Gesagt wird noch, daß sich die Arbeitsverhältnisse nicht geändert hätten, wohl aber hätten sich die Arbeitslöhne in aufsteigender Linie bewegt. (In Fulda ist das der Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken. D. B.) Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß alle beteiligten Industrien unter der weiteren Vertenerung der Rohstoffe litten hätten.

In dem wir diesen kurzen Auszug aus dem Bericht veröffentlichen, glauben wir unseren Kollegen der betreffenden Industrien manchen Fingerzeig für das laufende Jahr geben zu haben. Jede der einzelnen Ortsgruppen muß es jetzt sein, dementsprechend zu arbeiten, daß auch wir unsere Organisation in jeder Hinsicht ausbauen und stärken. Nur durch eine starke Organisation ist das Errungene zu halten und weitere Fortschritte zu erzielen. G. Sch.

Gewerkschaftliches.

Zum Arbeiterschutz in der Großeisenindustrie.

Die Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 10. März im großen Saale des saub. Vereinshauses Ess.-West eine öffentliche Versammlung ab, um zu dem Entwurf der Bundesratsverordnung betreff Arbeiterschutz in der Großeisenindustrie Stellung zu nehmen. Nach einem zweistündigen Referat des Kollegen Wieber nahm die von etwa 700 Personen besuchte Versammlung einstimmig folgende Resolution an: Die Verammlung sieht in dem vorliegenden Entwurf des Bundesrates betreff den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie den ersten, aber unzulänglichen Versuch zum Schutze der Hütten- und Walzwerkarbeiter. Insbesondere erwartet die Versammlung daß

1) Die während der Arbeitszeit vorzulegende zweistündige Pause so geregelt wird, daß eine von einer Stunde in die Zeit zwischen 11 und 1 Uhr, die übrige zu je einer halben Stunde zwischen 8 und 9 und 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr festgesetzt werden, nur so kann der beabsichtigte Zweck, den Arbeitern eine geregelte Essenszeit zu verschaffen, erreicht werden; des ferneren erwartet die Versammlung, daß kleinere Arbeitsunterbrechungen auf die Pausen nicht in Anrechnung gebracht werden.

2) Eine Ruhezeit von acht Stunden zwischen den einzelnen Arbeitsschichten erklärt die Versammlung nicht für ausreichend und hält eine Ruhezeit von zwölf Stunden - die alle 14 Tage eintretende Wechselsschicht ausgenommen - für unbedingt geboten.

3) Die Versammlung bedauert, daß in dem Entwurf keinerlei Bestimmungen getroffen sind, womit dem vielbeklagten Mangel an sanitären und hygienischen Einrichtungen abgeholfen werden könnte, ebenso daß zu der Beratung des Entwurfs nicht auch Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen hinzugezogen worden sind.

4. Die Versammlung hält an dem Ziel, die achtstündige Arbeitszeit in Hütten- und Walzwerkbetrieben einzuführen, fest, weil diese nur allein die Möglichkeit bietet, die Ueberanstrengung und damit dem frühen Siechtum der Arbeiter Einhalt zu gebieten.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Hütten- und Walzwerkarbeiter mehr als bisher aus ihrer Letztgalerie und Gleichgültigkeit aufwachen und fordert dieselben daher auf, sich unverzüglich dem christlichen Metallarbeiterverbände anzuschließen.

Der Jahresbericht des Herrn Gewerbeinspektors Rick in Metz

hatte eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften enthalten, die durch den Reichstagsabg. Kollegen Giesberts in der Sitzung des Reichstags vom 3. März eine gebührende öffentliche Zurückweisung erfuhren. Giesberts nahm bei der zweiten Beratung des Stats des Reichsamts des Innern als erster Redner das Wort und führte bei dieser Gelegenheit u. a. aus: Es sind jetzt 30 Jahre her, daß die Gewerbe-

inspektionen eingeführt sind. Man kann wohl sagen, daß die Gewerbeinspektionen sich im allgemeinen das Vertrauen der Arbeiter erworben haben, wobei es allerdings sehr viel auf die Persönlichkeit des betreffenden Gewerbeinspektors ankommt. Ich glaube aber, daß nunmehr endlich die Zeit gekommen ist, einen Fortschritt auf diesem Gebiete nach der Richtung hin zu machen, daß von Reichswegen bejammert wird, daß zu den Assistentenstellen der Gewerbeaufsicht befähigte Leute aus dem Arbeiterstande ohne weiteres zugelassen werden können und müssen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch mit einigen Worten auf den Bericht des Gewerbeinspektors von Lothringen eingehen. Man wird es verstehen, wenn ein Gewerbeinspektor teilweise das Bedürfnis empfindet, an der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Kritik zu üben. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist kein Klümchen „Nähr mich nicht an“, und gegen eine sachliche und objektive Kritik wird auch niemand etwas einzuwenden haben. Was soll man aber dazu sagen, wenn der Gewerbeinspektor für Lothringen in seinen Berichten auspricht, daß hinter der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß gewerkschaftliche, sondern auch parteipolitische Tendenzen ständen, wenn er weiter behauptet, sie seien nicht die Organe zur Vermittlung des Friedens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, und wenn er endlich sogar wörtlich schreibt:

„Die christlichen Gewerkschaften arbeiten mit denselben Mitteln wie die Sozialdemokraten, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß sie das Wort „christlich“ gebrauchen und dadurch mit ihren verneinenden Helfershelfern besser auf die Leute und namentlich auf die Weiber einwirken können.“

Das ist denn doch der habnebücheste Unsinn, den ich je im Leben gelesen habe. Schon die Anwendung des Wortes „Weiber“ auf die Frauen, die in einem schweren Lohnkämpfe ihren Männern treu zur Seite gestanden haben, ist eine Beleidigung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. Anstatt solche unbewiesenen und unbeweisbaren Vorwürfe zu erheben, sollte der Gewerbeinspektor von Elsaß-Lothringen sich lieber Mühe geben, hinter seinen Kollegen in anderen Bundesstaaten bezüglich seiner Revisionstätigkeit nicht zu weit zurückzubleiben. Während in Deutschland im Durchschnittsjahr 1904 30 Prozent der Anlagen revidiert wurden, waren es in Elsaß-Lothringen nur 23,7 Prozent; während im Durchschnitt in Deutschland die Zahl der revidierten Arbeiter 80,2 Prozent betrug, waren es in Elsaß-Lothringen nur 58,3 Prozent. (Hört! Hört!) Und diese Zahlen haben sich im Jahre 1905 noch mehr zu ungunsten Elsaß-Lothringens verschlechtert. Ich glaube in der Tat, es wäre der Gewerbeinspektion von Elsaß-Lothringen anzuraten, sich etwas mehr um diese Revisionstätigkeit zu kümmern, als derartige beleidigende beweislose Behauptungen aufzustellen.

Erfreulicherweise sind die Berichte, wie die des Lothringischen Gewerbeinspektors, eine Ausnahme. In anderen Berichten wird die gegenseitige Tätigkeit der Gewerkschaften rühmend anerkannt. Redner vertiefte dann eine Stelle aus den Berichten der Gewerbeinspektoren von Württemberg, Sachsen, Weimar und Hessen. Ich glaube, daß das genügen wird, um vor allem die Regierung von Elsaß-Lothringen zum Bewußtsein zu bringen, daß der Gewerbeinspektor besser täte, derartige Anklagen aus seinen Berichten herauszulassen.

Eine „wichtige Aufgabe“ der Industrie.

In einer Versammlung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln am 9. März hat der Geschäftsführer Steller der genannten Organisation folgende Scharfmachereien zum Besten gegeben:

„Die Arbeitsverhältnisse, die unter dem Einflusse der guten Geschäftslage in den letzten Jahren, insbesondere auch 1907, sich scharf zuspitzten, sind naturgemäß infolge der inzwischen eingetretenen Abspannung der Geschäftslage für die Unternehmer etwas günstiger geworden. Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß bei Wiederkehr besserer Zeitverhältnisse die Arbeiterschaft wieder einen schrofferen Standpunkt einnehmen wird, als sie augenblicklich zu behaupten für gut findet. Die Heranziehung und Heranbildung von Arbeitskräften, die bereit sind, mit den Arbeitgebern sich zu verständigen, anstatt diese grundsätzlich zu bekämpfen, bleibt daher auch zukünftig eine Hauptaufgabe der Industrie. Die Förderung der sogenannten gelben Gewerkschaften, d. h. patriotischer und industriefreundlicher Arbeitervereinigungen, sowie die Heranziehung von deutschen Arbeitern aus dem Auslande bleibt daher eine wichtige Aufgabe der Industrie.“

Interessant ist an dieser Darlegung die offene Propaganda für die Gelben, während die Unternehmer sonst mit ihrer Vaterliebe an diesen Gebilden vorzüglich hinter den Coulissen bleiben. Wenn es den Unternehmern nur um Arbeiter zu tun wäre, „die bereit sind, mit den Arbeitgebern sich zu verständigen“, wie der Geschäftsführer Steller sich ausdrückt, so brauchen sie keine „Gelben“ zu züchten, dazu sind die christlichen Berufsorganisationen stets bereit gewesen und werden es auch in Zukunft sein. Aber die Scharfmacher wollen mehr, sie wollen mehr- und willenlose Arbeitermassen, um unbeschränkte „Herren im Hause“ bleiben zu können. An der Arbeiter liegt es, die gelben Lockungen entschieden abzuwehren und durch Stärkung der Gewerkschaften dem Arbeiterstand die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erringen.

Zwei Jahre nachher

kommt Herr Ingenhofen, S.-D. Gewerbeinspektoren, schon mit einem Rückblick auf die Düsseldorf-Kormerchewegung vom Jahre 1906. Er hat glücklicherweise ausgeglichen. Jetzt, im Februar 1908, langweilt er die Leser des „Regulator“ mit einem aus 4 Fortsetzungen bestehenden Bandwurm über Vorarbeiten aus

dem Jahre 1906. Eine auf vierzig-Dunderische Kostung. Wir würden den (um zwei Jahre) rüchändigen Mann ungehorsam lassen, wenn er nicht auch unsern Verband, bezw. die an der Düsseldorf Formerbewegung mitbeteiligten Verbandsfunktionäre, verdächtigte. Ohne persönliche Ausfälle auf anderer Richtungen bringt ein H.-D. Beamter ja keine „objektive“ Abhandlung zustande.

Diesmal hat es unser Bezirksbeamter Winter dem Herrn Ingenhoven angetan. Einmal ist es dem Herrn Ingenhoven nicht recht, daß Kollege Winter sich anfänglich für die Durchführung der einseitig seitens des roten Metallarbeiterverbandes inszenierten Formerbewegung aussprach, und nachher auch ebenso entschlossen Nein jagte: Einer Schlafmütze, die, wie Herr Ingenhoven, jetzt nach zwei Jahren noch nicht über die Düsseldorf Bewegung hinweg ist, wird so etwas nicht fassen können, dafür ist es ja auch eben ein Hirsch-Dunder.

Als die christlichen Verbandsvertreter Winter und Broich sich für die gemeinsame Durchführung der Düsseldorf Formerbewegung erklärten, geschah dies auf Grund einer Einigung, über eine vom roten Metallarbeiterverband — durch den Beamten Fäler — vorgelegten Statistik. Nach dieser Statistik hatte der christliche Verband in zwei Betrieben die Mehrheit und sollten dementsprechend die Antwortschreiben dieser zwei Unternehmer auch an unsern christlichen Verband gehen. Als daraufhin die Forderungen an die Unternehmer am folgenden Tag eingereicht und von den Verbandsvertretern unterschrieben werden sollten, kam Herr Fäler mit einer neuen Statistik, wonach unser christl. Verband in keinem Betriebe die Mehrheit haben sollte, und die Antwortschreiben nunmehr an die roten und H.-D. zu adressieren seien. Diese Schiebung lehnten wir ab. Ja, wir wurden durch die vom roten Verband veränderte Statistik zur Ablehnung provoziert. Wären wir ähnlich der Ingenhovschen Richtung nur Nachläufer der roten gewesen, dann wären wir auf den Leim getreten, getreu dem Sprichwort: „Nur die allergrößten Käiber wählen ihre Wehger selber.“

Wir hatten gar keine Ursache für eine Bewegung einzutreten, die durch derartige Schiebungen den Angehörigen erwiderte, als jet der christliche Verband ein Anhängsel von den Sozialisten. Und wenn die roten daraufhin ihre gemachten Dummheiten einsehend, beschloßen, alle Antwortschreiben der Unternehmer an die Hirsch-Dunder gehen zu lassen, so lag für den christlichen Verband wiederum keine Veranlassung vor, nunmehr den Hirsch-Dunder zu unverdientem Ruhm und Ansehen zu verhelfen. Wir forderten nunmehr in bezug Antwortschreiben den Unternehmern Freiheit zu lassen. Auf diesem loyalen Weg kam jede Organisation zu ihrem Rechte. Als man dies ablehnte seitens der verbündeten Hirsch-Dunder und roten, reichte der christliche Verband die Forderungen selbständig ein. Er fuhr gut dabei. Wie mehrlich bei der Düsseldorf und der Formerbewegung überhaupt zu Werke gegangen wurde, ist durch die Veröffentlichung des berücksichtigten aus Hirsch-Dunder'scher Quelle stammenden Geheimzirkulars hervorgegangen. Davon weiß Herr Ingenhoven nichts, er hat noch immer nicht ganz ausgeschlafen. S. W.

Soziale Rechtspredung.

Saftpflicht der Gewerkschaften für Streikschäden.

Zu dieser schon vielfach erörterten Frage lieferte folgender Fall einen neuen Beitrag. Eine Düsseldorf Firma klagte gegen 1) den deutschen sozialdemokratischen Holzarbeiterverband; 2) den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands und 3) den Gewerbeverein der Tischler (H.-D.) auf Ersatz eines Schadens, der ihr durch einen Streik der Holzarbeiter zugefügt sei. Nach den Angaben der Firma haben die bei ihr beschäftigten und in den drei genannten Gewerkschaften organisierten Holzarbeiter am 30. Juni 1906 unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt.

Die Organisationen haben die Streikenden dann mit Geldmitteln unterstützt, für die Fernhaltung des Zuzuges von fremden Arbeitskräften gesorgt, die Aufstellung von Streikposten veranlaßt und so die Genehmigung zum Streik gegeben, sowie dessen Durchführung ermöglicht. Der Firma ist aus diesem Streik ein Schaden von mindestens 7000 Mark erwachsen, da es ihr wegen der von den Verbänden verhinderten Gewinnung neuer Arbeitskräfte und der Bereitung der Fertigung der Arbeit an anderen Orten unmöglich war, die Arbeit zu liefern. Sie klagte gegen die drei Beklagten zunächst die Summe von 2600 M. nebst 4% Zinsen ein. Das Landgericht zu Düsseldorf hat durch Urteil vom 20. Februar 1906 die Klage unter Verurteilung der Klägerin in den Kosten des Rechtsstreites abgewiesen.

Jenes Urteil erklärt das Verhalten der Arbeiterschaft bei der Firma Werner u. Wardach nicht als Vertragsbruch. Da der Streik als gesetzlich erlaubtes Mittel zur Wahrung berechtigter Interessen gelte, verstoße auch die Haltung der Verbände, welche den Streik unterstützten, nicht gegen die guten Sitten. Das Streikbottentreiben sei ebenfalls erlaubt,

und wenn einzelne Streikposten sich Handlungen hätten zu Schulden kommen lassen, welche gegen den § 153 G.-D. verstoßen hätten, so resultiere hieraus keine Schadenersatzpflicht der Beklagten. Die Bekanntgabe der Fernhaltung des Zuzuges in der Presse sei ebenfalls nichts ungesetzliches oder unbilliges. Da so die tatsächlichen Behauptungen der Klägerin nicht geeignet waren, die Schadenersatzpflicht der Beklagten zu begründen, so ließ das Urteil unerörtert, ob sich auch auf nicht rechtsfähige Vereine die Bestimmung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches beziehe.

Die Klägerin war durch dieses Urteil nicht befriedigt und wandte sich an die höhere Instanz. Nunmehr hat auch diese gesprochen. Durch Urteil des Königlich Oberlandesgerichtes zu Köln vom 21. Februar 1908 ist die Verurteilung unter Verurteilung der Klägerin in die Kosten verworfen worden.

Ist die Berufsgenossenschaft zur Gewährung eines Selbstfahrers verpflichtet?

Diese Frage hat das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Aachen am 30. September d. J. in bejahendem Sinne entschieden. Der Sachverhalt ist folgender: Im Frühjahr 1906 stellte ein Unfallinvalid zu Sönnen den Antrag auf Bewilligung eines Fahrfahrers, worauf ihm die Sektion I der Knappschaftsberufsgenossenschaft auch einen solchen zur Verfügung stellte. Mit demselben war der Unfallinvalid jedoch nicht zufrieden, sondern er beantragte einen Selbstfahrer. Die Sektion I lehnte unterm 31. August 1906 diesen Antrag ab, weil nach ärztlicher Anweisung ein Selbstfahrer auf dem Lande wenig Verwendung finde, außerdem auch beim Selbstfahrer ein Begleiter notwendig sei. Gegen diesen Bescheid wurde Widerspruch erhoben mit dem Ersuchen, einen berufsfähigen Bescheid ergehen zu lassen. Dieses lehnte die Sektion I ohne jede Begründung ab.

Vom Rechtschutzbüro des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter wurde nunmehr Beschwerde beim Schiedsgericht zu Aachen eingelegt unter eingehender Begründung der Notwendigkeit eines Selbstfahrers. Vom Schiedsgericht wurden die Beschwerdeführer an das Reichsversicherungsamt verwiesen, da das erstere sich nicht für zuständig hielt. Dieser Weg an das Reichsversicherungsamt wurde auch beschritten. Da ein Selbstfahrer nicht zu den in § 9 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes aufgeführten Hilfsmitteln zur Erleichterung der Unfallfolgen zu rechnen sei, lehnte auch jetzt noch die Sektion I die Erteilung eines berufsfähigen Bescheides ab, wurde aber endlich hierzu vom Reichsversicherungsamt veranlaßt. In der jetzt an das Schiedsgericht gegen den Bescheid der Sektion gerichteten Berufungsschrift wurde darauf hinarbeiten, daß, entgegen den Behauptungen der Sektion, das Terrain in Sönnen nicht als ein hügeliges in Betracht kommen könne, daß ferner ein Selbstfahrer keine Veranlassung erfordere. Endlich wurde betont, daß dem betr. Unfallinvaliden die Mittel fehlten, um einen Begleiter für den Fahrfahrer zu kaufen usw. Durch Urteil des Schiedsgerichtes vom 30. September 1907 wurde die Sektion I zur Beschaffung des Selbstfahrers verurteilt.

In der Begründung des Urteils heißt es: „Gerichtshändig ist, daß die Wege in und um Sönnen meistens eben und in gutem Zustande sind, sodas der Einwand, daß Selbstfahrer auf hügeligem Terrain nicht so gute Verwendung fanden, im vorliegenden Falle nicht am Platze ist. Fortbewegungsmittel, wie der Kläger sie beantragt, können zweifellos — wie das Reichsversicherungsamt entschieden hat — unter Umständen zu Hilfsmitteln im Sinne des § 9 Absatz 1 Ziffer 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes gehören. Das Schiedsgericht hat bei dem Zustande des Klägers, bei seiner wenig günstigen materiellen Lage, die ihm das Halten einer fremden Person nicht gestattet, sowie bei der geeigneten Beschaffenheit der zu befahrenden Wege an seinem Wohnort die Voraussetzung für die Gewährung eines Selbstfahrers für gegeben erachtet. Der Berufung war daher stattzugeben. Diese Entscheidung ist gemäß § 69 Absatz 1 Ziffer 1a und § 80 Absatz 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes endgültig.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Willingen (Saar). Auf der Willinger Hütte (Gebr. Köchling) legten am Abend des 14. März in der Abjastage in einer Mitteilung die Mitglieder des gelben Hüttenvereins, wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder. Diese Arbeitsverweigerung der Gelben ist schon die zweite auf diesem Werke.

Was sagen die Herren Schürsmacher zu diesen Früchten am Baume der Almosenbereine? — Hüttenleute, was zieht Ihr für Lehren daraus? — Die eine, daß Ihr mit den Gelben Verzeihen ohne eigenen wirtschaftlichen Totengräber seid und deshalb von heute an strikte gegen werdet: Fort mit diesen Sklavenketten, hinein in die einzig richtige Interessentenvertretung, in den christlichen Metallarbeiterver-

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Monatsabschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Sürth bei Köln. In der Sürther Maschinenfabrik sind wegen Lohnabzug Differenzen ausgebrochen.

Bedingen (Saar). Firma Fr. Marcher & Co. (Schraubenfabrik) wegen Mahregelung der christlichen Gewerkschaftler und Mitglieder des kath. Arbeitervereins geperert. Werkzeugmacher und Schlosser insbesondere fernhalten.

Augsburg. Zuzug von Kupferschmelzen für die Augsburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dinklage. Wegen Mahregelung von Kollegen ist über die Firma Holtzhaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) die Sperre verhängt.

Selentkirchen. Bei der Firma Küppersbusch sind Differenzen ausgebrochen.

Sölingen. Ueber die Firma Dinger ist die Sperre verhängt.

Saarbrücken. Ueber die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft St. Johann (Saar) ist wegen fortdauernder Mahregelung der christlichen Gewerkschaftler die Sperre verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unsern dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. März der dreizehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 22. bis 29. März 1908 fällig.

Die Ortsgruppe Nidderich erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statuarischer Rechte zur Folge.

Die Aufnahme meine von den dem Verbände betretenden, Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses von jetzt ab besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Der Zeitungsbeitrag an die Ortsgruppen liegen die Abrechnungsformulare zur Abrechnung vom vierten Quartal 1907 und die Zahlkarte für die Arbeitslosenstatistik vom Kaiserl. Statistischen Amt bei. Abrechnung und Zahlkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe zu übergeben. Auf der Arbeitslosenstatistik hat der Kassierer der Ortsgruppe die Mitgliederzahl anzugeben, die Zahl der Arbeitslosen (nicht der Kranken), und derjenigen, die sich als auf der Reise befindlich am Ort gemeldet haben. Ebenso ist die Zahl der Arbeitslosentage und die ausgezahlte Arbeitslosen- und Reiseunterstützung anzugeben. Die Karte darf nicht früher und auch nicht später als in der Zeit vom 1. bis 4. Januar eingekandt werden. Jede Ortsgruppe muß ihre Karte dazu sehen, die Zahlkarten richtig auszufüllen und pünktlich einzusenden. Wo aus Versehen die Formulare und Karte nicht im Zeitungsbeitrag beilagten sollte, ist dies sofort an die Zentrale zu melden.

Ebenso liegen neue Abrechnungsformulare und Karten für die Erwerbslosenmeldung dieser Zeitungsbeitrag bei. In Zukunft sind die alten Formulare und Karten nicht mehr zu verwenden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Wohlthät. Unsere an naturwissenschaften so reiche Gegend ist jedoch in sozialer Beziehung fürchterlich weit zurückgeblieben. Die Arbeitsverhältnisse sind sehr traurig und trostlos oder vielmehr auch gerade deswegen sind die Arbeiter dem Gewerkschaftsgebäude so schwer zugänglich. Wohl haben die Bauern und Gewerbetreibenden ihre wirtschaftlichen Organisationen und benutzen sie ausgiebig zur Wahrung ihrer Interessen. Aber beim Arbeiterstand steht es damit trostlos aus. Nur wenn sich endlich ein Teil der Arbeiter aufraffen und sich wie alle anderen Stände auch organisieren will, dann werden sie mit allen erdenklichen Mitteln bekämpft. Vor dem Wort Arbeiterorganisation schrecken die hiesigen Spielbürger zurück, wie vor einer aufstrebenden Krankheit, und die Unternehmer versuchen mit den brutalsten Zwangsmitteln — Misshandlungen und Hungerstreike — den Keim der Gewerkschaftsbewegung zu ersticken.

Trotz aller Schwierigkeiten rührt und regt es sich in den Arbeiterreihen, und der Gedanke des Zusammenschlusses findet in mehr Arbeiterherzen Eingang. Im Juli v. J. entstand in Friedenthal die erste Ortsgruppe unseres Verbandes. Kaum war sie gegründet, so entbrannte auch schon der Kampf um das Koalitionsrecht. Die Firma Linden u. Co. in Friedenthal sperrte sämtliche organisierte Kollegen aus. Sechs lange Monate haben die Arbeiter um ihr heiligstes Recht, das Koalitionsrecht, gekämpft, bis die Firma den Streikstandpunkt aufgab und die Organisation anerkannte. Durch Kampf zum Sieg!

Am 4. August 1907 wurde auch in Ruppichterode eine Ortsgruppe gegründet. Aber auch hier entbrannte schon bei der Gründung der Kampf um das Koalitionsrecht. Die Firma Willach (Möbelschloß) und Beschläge-Fabrik erklärte schon am Tage vor der Gründung den Arbeitern den Krieg dadurch, daß Herr Willach den Arbeitern sagte: Wer dem Verbands beiträgt, ist schon heute gekündigt. Trotz der Drohung konnten dennoch bei der Gründung 32 Mitglieder aufgenommen werden. Da nun die Firma Willach den Arbeitern drohte, sie auszusperrten, so fielen bis auf zwei sämtliche Kollegen wieder ab. Diese beiden Arbeiter haben ihre Arbeitsstätte verlassen und wegziehen müssen. Durch diesen Kampf war die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Ruppichterode reduziert und auf eine kleine Zahl zusammengeschmolzen. Diese kleine Zahl blieb den hiesigen Scharfmachern aber stets ein Dorn im Auge. Am 9. Februar d. J. zog man wieder gegen die kleine Schar mit einem neuen Gewalttät ins Feld. Der Kampf verlief darin, daß der Vorsitzende der Ortsgruppe plötzlich ohne Kündigung durch folgenden Schriftsatz entlassen wurde:

„Herrn Wilsch. Ruppichterode! Das zwischen uns bestehende Arbeitsverhältnis erkläre ich hiermit für aufgelöst. Quittungskarte und Lohn folgen anbei. Mit Achtung Herrchenbach.“

Durch die Entlassung des Vorsitzenden glauben die Arbeitgeber die Ortsgruppe gesprengt zu haben, aber sie haben sich schwer geirrt. Denn das Sprichwort sagt: Der Kampf stärkt.

Dies beweist recht deutlich die Mitgliederversammlung am 16. Februar, in welcher sämtliche Kollegen zur Stelle waren. Auch Herr Pastor Lapp aus Ruppichterode war erschienen, wofür ihm herzlich gedankt sei. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Maßregelung des Vorsitzenden, ferner Berichterstattung vom vergangenen Jahre, Vorstandswahl, Einführung einer Bibliothek und eines Unterrichtscurus, dessen Leitung Herr Pastor Lapp in dankenswerter Weise übernahm. Jetzt heißt es, unermüdet arbeiten, und wenn unsere Ortsgruppe einmal geschulte Arbeiter hat, dann wird der Samen, den wir heute säen, auch reichliche Früchte tragen.

Arbeiter des Wohlthats! Macht die Augen auf, organisiert euch und tretet dem christlichen Metallarbeiterverband bei, denn nur hier können unsere Rechte vertreten werden und ihren Schutz finden in allen Wechseljahren des Lebens. Als unorganisierte Arbeiter seid ihr der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben und vollständig machtlos. Kollegen! Auf zur Agitation und Schulung! Denn die Zeit ist kostbar und muß ausgenutzt werden. Wir betrachten die Zahl der uns treu Gebliebenen als festen Stamm und erwarten von ihnen, daß sie jeder Gefahr mit Ausdauer, Mut und Entschiedenheit entgegen treten. Durch Kampf zum Sieg, sei die Parole der Arbeiter des Wohlthats.

Aus dem Siegerland. Kein aufmerksamer Beobachter der hiesigen Arbeiterorganisation kann sich der Tatsache verschließen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung im Siegerland nicht nur ihren Stand behauptet, sondern auch für die Zukunft die weitgehendsten Aussichten hat, was ja infolge der neuerlichen Beunruhigung, die in den weitesten Kreisen der Arbeiter und nicht zuletzt in der Bürgerschaft entstanden sind wegen der niedergehenden Konjunktur und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit und Lohnabzüge, nur zu begrüßen ist. Des weitern zeigte sich an hiesigen gewerkschaftlichen Horizont die Wühlarbeit des Sozialismus, die „freie“ Gewerkschaftsbewegung im vollen Agitationsbetriebe. Fast jede Woche erscheinen in ihren Organen spaltenlange Artikel über das Siegerland, die jedenfalls nicht für die Sache geschrieben sind, sondern eine verdeckte Wühlarbeit im Schilde führen und auch deshalb ist das Erscheinen der christlichen Gewerkschaften zu einer gewissen Notwendigkeit geworden.

In Wissen und Glauben hielt der christl. Metallarbeiterverband am 23. Februar öffentliche Versammlungen ab, in denen Kollege Bredemann-Köln referierte über: „Die gegenwärtige Lage der Hüttenarbeiter und wie können diese ihre Interessen wahrnehmen.“ Die Versammlungen, namentlich die in Wissen, erfreuten sich eines sehr guten Besuchs, denn auch die Bürgerschaft war zum Teil mit dabei und wurden alle für ihre Anwesenheit dadurch entschädigt, weil der Referent vermöge seines guten Redner-talents und seiner Sachkenntnis es verstand, seiner Aufgabe mit großem Geschick und in formvollendeter Weise gerecht zu werden. Ausgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches, das sich, zumal in den letzten 50 Jahren, von einem Agrarstaate immer mehr zu einem Industriestaate emporgeschwungen habe, entwarf

er ein Bild von der gegenwärtigen Lage der Eisenindustrie. Die deutsche Eisenproduktion hat jetzt alle Länder, mit Ausnahme von Amerika, übertraffen. Während Deutschland im Jahre 1865 noch keine Millionen Tonnen produzierte, sind es im Jahre 1907 schon 13 Millionen geworden. Im Einklang mit der gewaltigen Steigerung der Produktion ständen auch die Gehälter der Hüttenarbeiter. Neben diesem erfreulichen Umstand auf der einen Seite müsse man aber auch die Reherseite betrachten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter ständen nicht im Einklang mit dem Verdienste des Unternehmers. Die Lohnsteigerungen ständen in keinem Maße gleich mit der Steigerung für Lebensmittel, viele und dregt. Mit einem gewissen Rechte spreche man von einem Schlachtfelde der Industrie, denn die Zahl der Unfälle sei in erschreckender Weise gestiegen.

Der gesundheitliche Zustand der Arbeiter im allgemeinen und auch die Lebensdauer nehme immer mehr ab und deshalb erstrebe der Verband namentlich die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Die Unternehmer trügen Bedenken dagegen wegen der ausländischen Konkurrenz, das sei aber unbegründet, denn in England sei diese schon lange eingeführt, zudem seien diese Bedenken bei jeder Gelegenheit zu verzeichnen gewesen, wo es sich um Arbeiterbeschützmittel handelte, und doch habe die Industrie keinen Schaden, sondern nur Nutzen dabei gefunden. In guten Jahren verweisen die Unternehmer auf die Zeit schlechtere Konjunktur, aber dann kümmern sie sich vielfach nicht um den Arbeiter, Lohnabzug, Entlassungen und Stilllegen der Werke sei dann rasch an der Tagesordnung. Und gegen alle diese Willkürlichkeiten könne der Arbeiter sich schützen nur durch die Organisation, nur durch vereinte Kräfte sei es der Arbeiterschaft möglich, ihre Lage zu verbessern, der einzelne Arbeiter sei gegenüber dem Kapital eine Null. Wenn neben der gewerkschaftlichen Selbsthilfe auf der anderen Seite die Staatshilfe einsetze — und das sei der Staat in seinem Interesse selbst schuldig, bei diesen Fragen helfen einzuspringen — so würden auch einst bessere Zustände für die Feuerarbeiter zu verzeichnen sein. Die Klassenkampfstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften lehnten die christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit ab. Redner erwähnte dann noch die kulturellen, sittlichen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, welche ebenfalls notwendig seien, um einen sozialen Frieden herbeizuführen, sowie auch die Leistungen und Unterstützungen des Verbandes und schloß seine fast zweistündige Rede mit einem Appell an die anwesenden Unorganisierten, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Die nun folgende Diskussion war eine sehr lebhaft und versuchten in kaum einige Worte dem Verbande bezw. dem Redner ein auszuweisen, was aber nicht gelang. Denn der Redner verstand es meisterhaft, in vornehm, jachlichen Tone die Vorgesetzten zu widerlegen. Der christliche Metallarbeiterverband, der im hiesigen Bezirk schon 1000 Mitglieder aufweisen kann, wird dadurch an seiner Ausbreitung nicht gehindert werden und sollen es sich jene Kreise überlegen, ob es ihnen gehandelt ist, den christlichen Gewerkschaften Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Wer sich mit den neuzeitlichen notwendigen Verhältnissen nicht abfinden kann und wer es einem Arbeiter verübelt, wenn er von seinem gesellschaftlich verworrenen, erst genannten zu werden. Was dem Unternehmer, Direktor oder Werkmeister zusteht, kann man einem Arbeiter erst recht nicht trumm nehmen, denn er hat es am nötigsten. In christlichen Gewerkschaftskreisen ist man von dem Verstand der Versammlungen durchaus befriedigt, den Arbeitern haben sie Hoffnung, Mut und Begeisterung zurückgelassen. Der Stein ist im Rollen begriffen und kein Feind wird ihn halten können; langsam aber sicher steuert er seinem idealen Ziele zu, zum Wohle der ganzen Arbeiterschaft.

Elbing. Hier im „Vordoten“ haben wir außer anderen Schwierigkeiten leider auch noch die Gegnerschaft der Berliner Fachabteilungen, die das Vordoten unserer christlichen Gewerkschaften mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern suchen. Wie sie dabei vorgehen, mag man wieder aus folgendem bezeichnenden Vorgang ersehen.

In Guttstadt versuchen die Unternehmer die christlichen Gewerkschaften durch Maßregelungen zu unterdrücken, indem die Arbeiter einen Revers unterschreiben sollen, daß sie aus dem christlichen Verbands austreten. Da aber die Guttstädter Arbeiter aller Berufe unter ganz erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen schmachten und die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben, so lassen sich dieselben lieber aussperrten, als daß sie ihr Koalitionsrecht preisgeben.

Die Unternehmer können nun nach, in welcher Weise man den christlichen Gewerkschaften den Garaus machen könnte, und siehe, es erscheint als Retter in der Not ein Schuppengeißel in Menschengehalt, der katholische Fachabteilungssekretär Kazinski aus Allenstein, trotzdem Guttstadt dem Berliner Verband noch nicht beigetreten ist. Er geht zu den Arbeitgebern, spricht ihnen Mut zu und empfehlte die gelben katholischen Fachabteilungen. Herr Kazinski wird nobel empfangen und nun soll gleich ein Vertrag abgeschlossen werden. Da aber hierzu auch Arbeiter notwendig sind, so berufen die Arbeitgeber eine Versammlung ein und befehlen hierzu Herrn Richter aus Berlin und Herrn Kazinski aus Allenstein. Folgendes Informat prangte am 3. März in der „Guttstädter Zeitung“:

„Sämtliche Mitglieder des hiesigen kath. Arbeitervereins und die sonstigen Arbeitnehmer, welche den kath. Fachverbänden beitreten wollen, werden zu einer Versammlung am Donnerstag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Schulz hier eingeladen. Tagesordnung: Wahl der Lohnkommission. Nur die oben erwähnten Arbeitnehmer haben Zutritt. Die Arbeitgeber.“

Der Herr Erzpriester Schröter, Präses des kath. Arbeitervereins, leitete die Versammlung. Ein Vorstandsmitglied der christlichen Gewerkschaft und zugleich Vorstandsmitglied des Arbeitervereins frag vor Eintritt in die Tagesordnung, ob den beiden Vertretern der christlichen Gewerkschaft, Kollegen Schönkötter und Schobohl, das Wort in der Diskussion beläßen. Der Herr Präses blieb hierauf die Antwort schuldig.

Herr Richter aus Berlin leitete nun in 20 Minuten etwas herunter, was auf die Guttstädter Arbeiter nicht den geringsten Eindruck machte, dafür aber sehr oft durch spöttischen Beifall unterbrochen wurde. Ein Satz aus dem Vortrage ist sehr bemerkenswert. Herr Richter sagte: „Im gewerkschaftlichen Kampfe trägt der größte Geldbeutel den Sieg davon, und den besten zweifelslos die Arbeitgeber.“ Die Ausperrungen der Arbeitgeber bewiesen das zur Genüge.“ Nun kam der Allensteiner Sekretär zum Wort, pries die geringen Beiträge und die hohen Unterstützungssätze, während die anderen Gewerkschaften dieses nicht konnten: diese verstreuten das Geld in den Großstädten und die armen Grenzländer Arbeiter müßten dafür bezahlen. Sodann würfelte er Streiks und Ausperrungen durcheinander, redete von den vielen Streiks, welche kaputt gegangen seien, so der Berliner Holzarbeiterstreik, (1) der verloren gegangene Streik im Ruhrgebiet und in Amerika (1) usw., kurzum, er wohl wurde zusammengeordnet, daß keiner wußte, was der gute Mann eigentlich wollte. Die anderen Organisationen (genannt wurde keine) seien Seherverbände, sie wollten nur Anfrieden säen und was noch alles mögliche.

Als nun auch dieser Dauerredner von 20 Minuten geendet hatte, haben die Kollegen Schönkötter und Schobohl um das Wort, aber alles zügige Zusprechen half nichts, christliche Gewerkschaftler sollten das Wort nicht haben. Herr Richter traute sich nicht, Aug in Aug seinem Gegner gegenüberzutreten. Aber ein Arbeitgeber (ein Jude) hat die katholischen Arbeiter, sich doch den Fachabteilungen anzuschließen, aber es half nichts. Trotzdem sogar ein Jude dafür sprach, konnten sich die Guttstädter Arbeiter für solche gelben Organisationen nicht erwärmen.

Kollege Schönkötter forderte nunmehr alle christlichen Gewerkschaftler auf, den Saal zu verlassen. Dieses geschah einmütig, über 150 christliche Kollegen verließen wie auf Kommando das Lokal. Etwa 9 alte Arbeiter sollen — jedenfalls aus Angst vor ihren Arbeitgebern — den kath. Gelben beigetreten sein. Diese gönnen wir denselben von Herzen und es soll nunmehr ein Mustervertrag abgeschlossen werden. Also offenen Verrat an der Arbeiterschaft wird hier getrieben, über die Massen der Arbeiter hinweg will man Verträge abschließen, und solche Gesellschaft nennt sich Arbeitervertreter. Die Guttstädter Arbeiter werden schon dafür sorgen, daß aus diesem verräterischen Spiel nichts wird.

Wirselen. Für die in dem bekannten „Landesfriedensbruchsprozess“ verurteilten 11 Männern und 2 Frauen war bekanntlich von dritter Seite (der Pfarrgeistlichkeit) ein Gnabengesuch eingereicht worden, das jedoch abgewiesen worden ist. Aus diesem Anlaß hatte unser christl. Metallarbeiterverband am 5. März eine öffentliche Versammlung einberufen, die sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende der Ortsgruppe warf einen kurzen Rückblick auf den Sonntagmannschen Streik, aus dem sich der Landesfriedensbruchsprozess entwickelt hat, und gab der Versammlung unter allseitiger Zustimmung die Richtlinie durch die Worte: „Die Ablehnung des Gnabengesuches hat unsere Hoffnungen schwer getrübt. Aber wir werden uns nicht hinarbeiten lassen zum Materialismus, wir werden den Mut nicht sinken lassen, wir werden nicht vergessen, daß wir im Kampfe stehen, nicht allein für unsere Arbeiterinteressen, sondern auch für unsere christliche Weltanschauung, die wir, trotz der Ablehnung des Gnabengesuches, einer Revision niemals unterziehen werden.“

Der Zentralvorsitzende des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Kollege Weber aus Duisburg, führte diese Gedanken in meisterhafter Rede weiter aus. Er gedachte zunächst der Fortschritte, die der Gedanke der Solidarität und Organisation unter der Arbeiterschaft Wirselens gemacht hat. Der Arbeiterstand ist sich bewußt geworden seiner hohen Bedeutung für Staat, Gemeinde, Gesellschaft und Wirtschaftsleben. Aber leider wird diese Bedeutung noch nicht überall gewürdigt bei den Vertretern der Obrigkeit, die alle Klassen mit derselben Liebe umfassen sollte und bei den Industriellen. Aus den Gegenständen, die nicht durch die Schuld der Arbeiter sich zuspitzen, entwickelten sich die Dinge, die im Sommer 1906 sich in Wirselen abspielten.

Die deutsche Arbeiterschaft hat die Schlachten von 1870 geschlagen, während deutsche Großkapitalisten zu Anfang des Krieges dem Vaterlande den Kredit verweigerten. Auch die wirtschaftliche Blüte verdankt Deutschland wesentlich seiner Arbeiterschaft, und England fürchtet weniger die deutsche Kriegsmacht als die deutsche Industrie. Welche dem Vaterlande, wenn das wohlberedigte Selbstbewußtsein und die Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft durch Unverständnis unterdrückt werden sollte! Die Enttäuschung über die Ablehnung des Gnabengesuches beschränkt sich nicht auf den Magener Bezirk. Wir fügen uns ins Unvermeidliche, verzweifeln aber nicht an dem schließlichen Siege des guten Rechtes. Wir bedauern, daß durch eine Verkettung von Umständen 13 Personen in die Maschen des Gesetzes u n b e w u ß t verstrickt wurden. Wir alle haben die Überzeugung, daß die Betroffenen moralisch in unseren Augen nicht sinken, wenn sie morgen ins Gefängnis wandern müssen. Von den 13 Verurteilten gehörte nur einer den Unschuldigen der Firma Honigmann an. Hunderte haben an derselben Stelle gestanden, aber das Auge des Gesetzes hat nur sie gesehen. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft wird schon heute den Betroffenen die frohe Zuversicht geben, daß ihre Familien nicht zu hungern brauchen, während sie im Gefängnisse für ihre Brüder leiden. Aus der Situation ziehen wir als erste Lehre: Ausbreitung des Gedankens der Organisation und Solidarität.

Man redet so viel vom Schutze der nationalen Arbeit und meint damit den Schutz des internationalen Geldsacks. Aber auch der Arbeiter hat das Recht, daß seine Arbeitskraft geschützt wird gegen den Import billiger und williger Arbeitskräfte, die noch gerade eine Gefahr bedeuten für die öffentliche Sicherheit und die nationale Geschlossenheit. Hunderte von Millionen gibt man im Osten aus zur Sicherung des Deutschen Reiches, und auf der anderen Seite leistet man Beihilfe, um deutsche Arbeiter durch minderwertige Ausbeute zu verdrängen. An eine Revision unseres monarchischen Gefühles, die einmal ein Scharfmacherblatt der Regierung ausgedrückt hat, denken wir niemals. Dazu haben wir um so weniger Anlaß, als

...der Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Verhättnisse... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

aus dem Dillkreis... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Schramberg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Verantwortung... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Seligenthal... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

die Bibliotheksfrage zur Förderung... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Richterich... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Hann i. B... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

Behndorf a. d. Sieg... die Arbeiterbewegung... die christlich-nationale Arbeiterbewegung...

staus herabkommen können, wenn die Sache nur einflussreicher ist als die in Betracht kommenden Kollegen werden wollen. Die andere müsste deswegen ergebnislos bleiben, weil das Werk, es handelte sich um Drahtmalzwerkerarbeiten die betreffende Waage still setzte.

Bericht wurden für 260 Personen Lohnverhältnisse im Gesamtbetrag von 291 M. pro Woche oder 15 000 Mark pro Jahr. Für 42 Kollegen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 270 Stunden pro Woche oder 13 000 Stunden pro Jahr erreicht. Sämtliche Bewegungen verliefen auf friedlichem Wege. In einem Falle wurde ein kommissionenmitglied getötigt; die Kündigung wurde aber seitens des Werkes auf die Vorstellungen der Kollegen zurückgenommen. Erwähnt sei noch, daß auch die Lehrlingsfrage dieser Veranlassung zum Einsetzen gab, und daß in hygienischer und sanitärer Beziehung manche Besserung erzielt worden ist, vornehmlich auf dem Gebiete der Ventilation in den Werkstätten und Errichtung von Waschgelegenheiten.

Durch die Initiative der in Anwesenheit der Kollegen organisierten Kollegen wurde für ca. 200 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde täglich oder 93 600 Stunden pro Jahr erzielt. Was uns gewiß gewaltige Erfolge, hoffentlich werden sich die Kollegen des Ergründens würdig erweisen und immer eingedenk sein, daß es nur möglich war, durch die maßvolle, aber tatkräftige Energie, welche der christlich-sozialen Metallarbeiterverband für die Kollegen aufbrachte.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Bericht von den Kollegen entgegengenommen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern hervorgehoben, daß es durchaus notwendig sei, mehr wie bisher die finanzielle Seite zu berücksichtigen, d. h. mehr Opferwilligkeit in puncto Beitrag zu zeigen.

Hierauf folgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Zum Schluß hielt Kollege Hirtjeser-Olsen noch einen Vortrag. In kernigen Worten führte er die Notwendigkeit und die Berechtigung unserer christl. Gewerkschaftsbewegung den Kollegen vor Augen. Mit einem Hoch auf unsern Verband wurde die in allen Teilen anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Kollegen von Hamm! Auf zur Tat! Jeder muß bis zur nächsten Generalversammlung mindestens einen Mitkämpfer dem Verbands zuführen.

Magdeburg. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 1. März ihre mächtig besuchte Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Kollegen Eheize ersattete der Kassierer Kollege Krause den Jahresbericht, dem folgendes entnommen sei. Die Einnahmen für die Hauptkasse beliefen sich auf 5168,37 Mark, die Ausgaben auf 2464,94 Mark. An die Zentrale wurden 2703,43 Mark eingepandt. Die Lokalkasse hatte, einschließlich des Bestandes vom 1. Januar 07 eine Einnahme von 1892,65 Mark, welcher eine Ausgabe von 1704,89 Ml. gegenübersteht, mithin ein Bestand von 177,76 Ml. verbleibt.

Was die Mitgliederbewegung anbelangt, so kann hier leider nichts Erfreuliches berichtet werden. Das gelbe Fieber, welches hier in bedenklichem Umfange grassiert, hat auch in unsern Reihen seine Opfer gefordert, wie überhaupt die Agitation sehr erschwert. Einige Kollegen haben sich nicht gehescht, zum Verzicht an unserer Sache zu werden und das nicht etwa, weil in den betreffenden Fabriken vielleicht irgend ein Druck auf sie ausgeübt wurde, diesen gelben Vereinen beizutreten, sondern lediglich aus purem Egoismus und in dem Bestreben, ja nach oben hin nicht anzuklopfen. Diese Leute entblößen sich auch nicht, nunmehr gegen die christlichen Gewerkschaften loszuziehen und erklären heute das Allheilmittel nur noch in den gelben Schmarotzervereinen. Kräftige Baurufe erschollen in der Versammlung, als die Namen dieser Mischarbeiter verlesen wurden. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1907 209. Neu aufgenommen, aus anderen Verbänden übergetreten und zugereist 38, macht 247. Ausgeschieden und abgereist 71. Gestorben 2, mithin ein Mitgliederbestand am 1. Januar 1908 von 174.

Versammlungen fanden statt: Mitgliederversammlungen 63, öffentliche 2, Werkstättenversammlungen 2, Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzungen 13. Nach eingehender Besprechung des Jahresberichtes wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Bei der darauffolgenden Vorstandswahl gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: als 1. Vorsitzender Kollege Eheize, als 2. Vorsitzender Kollege Böhme, als Kassierer Kollege Krause, als Schriftführer Kollege Hagelmann, als Revisoren die Kollegen Baumann, Winter, Wügershausen und Ball. Nach einer kräftigen Aufforderung des Vorsitzenden, trotz aller Lockungen von gelber Seite, festzuhalten an unserer christlichen Arbeiterbewegung, da nur diese im Stande sei, die Arbeiterinteressen in wirksamer Weise zu vertreten, während bei den Gelben alle Unterstützungseinrichtungen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sind, darauf hinauslaufend, den Arbeiter recht- und wehrlos zu machen, wurde die Versammlung geschlossen.

Oberhausen-Mülheim. Am Patent-Rohrwalzwerk der Firma Thyssen u. Co. was den Arbeitern vor kurzem wiederum eine Affordrebuzierung von 10 Prozent angekündigt worden. Es war dieses schon der zweite in diesem Winter. Erfreulicherweise waren sie durch die Mahnung und Bedrue des christlichen Metallarbeiterverbandes aufgegewacht und traten mit dem Ersuchen an die Organisation heran, für sie in dieser schwierigen Situation einzutreten. Sie verpflichteten sich alle, dem christlichen Metallarbeiterverbande beizutreten. Als nun in verschiedenen Versammlungen die ganze Belegschaft sich organisiert hatte, übernahm die Organisationsleitung die weiteren Schritte und wurde bei dem Direktorium vorstellig. Und der Erfolg war der, daß die Firma nachgab, und die ganzen 10 Prozent Abzug wieder zurücknahm.

Kollegen von Mülheim, jetzt heißt es immer weiter agitieren, damit auch die übrigen Betriebe der Firma Thyssen so gut organisiert werden und diese Arbeiter auch den Segen der Organisation kennen lernen. Eins wollen wir hierbei aber festhalten: früher, als die Bewegungen mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und mit dem sich-Durchsetzenden Gewerkschaftsbund gemeinsam ein-

geleitet wurden, hatten die Arbeiter stets einen negativen Erfolg. Heute, wo der christliche Metallarbeiterverband die Sache allein gemacht hat, wurde demselben das größte Entgegenkommen gezeigt. Kollegen! das beweist uns, daß mit immer mehr für unsere Organisation agitierten müssen, denn sie hat bewiesen, daß sie imstande ist. Euch zu helfen. Jeder muß aber seine Schuldigkeit tun, damit mir das wieder gewonnen auch behalten. Sobald, wie Ihr bei Organisation der Mäden lehr, wird man es Euch wieder fühlen lassen. Deshalb Kollegen von der Firma „Thyssen“, vergeßt es nicht, daß die Organisation das ist, worauf der Arbeiter seine Existenz aufbauen muß, wenn er ordentlich durch's Leben kommen will. Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben, der täglich sie erobern muß. A. D.

Literarisches.

Im Verlage des Bezirks-Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Aachen ist soeben ein „Gewerkschaftliches und soziales Nachschlagewerk“ erschienen, welches in erster Linie der Arbeiterbewegung des Aachener Industriebezirkes gewidmet ist. Sehr hoch ist der Inhalt des Werkes so gehalten, daß es auch für die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung lesenswert ist.

Das Handbuch ist 104 Seiten stark und broschiert. Es wird an die Mitglieder derjenigen Zahlstellen und Ortsgruppen, welche dem Aachener Bezirks-Kartell angeschlossen sind, zum Preise von 15 Pfg. pro Stück abgegeben. Für alle übrigen christlichen Arbeiter kostet das Exemplar 25 Pfg. Porto extra. Bestellungen sind zu richten an Erwald Weber, Gewerkschaftssekretär, Aachen, Poststraße 66.

Briefkasten der Verbandsleitung.

Nach Fjer lohn. Anonyme Zuschriften können nicht berücksichtigt werden. Wer Wünsche oder Beschwerden hat, soll mindestens seinen Namen angeben. Die Zentrale wird gewiß mit dem Namen keinen Mißbrauch treiben; jedoch Vertrauen darf schon in die Zentraleitung eines Verbandes gesetzt werden. Wenn in dortigen Werken Arbeiterinnen länger beschäftigt werden, wie gesetzlich zulässig, ist der Fabrikinspektion Meldung zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Kollege L. Frankfurt a. M. Die Versammlungsanzeige ist zu spät eingetroffen. Das ist nicht unsere, sondern eure Schuld. — Nach Nürnberg. Der gelbe G. schreibt schon Berichte für den „Bund“, das in Berlin erscheinende gelbe Organ. Er ist nicht mit hin den Unterstützungs-Verein schon als gelbe Filiale zu betrachten. Von dieser voreiligen Schlussfolgerung müßt Ihr diesen Verwandlungskünstler und seine hintermänner gründlich kurieren. Im übrigen straft man solche Gesinnungskumpen mit Verachtung. — Kollege S. Bremen. Darin hast Du recht. Bei diesen Untersuchungen ist eine Beitragsverhöhung nicht zu umgehen. Das andere wird schriftlich beantwortet. — Kollege A. M. G. Für diese Nummer leider zu spät.

Sterbetafel.



Mainz. Unser Kollege Alois Hudeksberger, Spengler, starb infolge eines Unfalls, Sturz vom Dache, im jugendlichen Alter von 19 Jahren.

Schw.-Gmünd. Am 4. März starb unser Kollege Adolf Bizemann, Goldarbeiter, infolge Nierenleidens.

Ehre ihrem Andenken!

Agitationbezirk Duisburg.

Am Sonntag, den 29. März, nachmittags punkt 2 Uhr anfangend, findet im Lokale des Herrn Dehler in Oberhausen, Marktstraße, die diesjährige Bezirks-Konferenz statt. Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, für die Entsendung der Delegierten Sorge zu tragen. Die Tagesordnung geht den Delegierten zu. Es wird gebeten, etwaige Anträge sowie die Adressen der Delegierten an den Bezirksleiter Kollege Aug. Franzen, D.-Kuhort, Kaiserstraße Nr. 118, baldigst einzusenden.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen! Ein pflichtbewußter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen.
- Aachen.** Sonntag, den 29. März vormittags 11 Uhr Versammlung bei Foppe. Referent: Kollege Balbes, Bochum.
- Bochum.** Sonntag, den 22. März nachm. 6 Uhr Versammlung bei Suppert, Alleestraße.
- Bochum.** Sonntag, den 22. März bei Suppert, Alleestraße nachmittags 6 Uhr.
- Dachau.** Sonntag, den 22. März morgens 11 1/2 Uhr bei Franz Joseph Nobelsstr. Mitglieder-Versammlung. Alle Mitglieder bringen erscheinen.
- Bremen.** Versammlung am 28. März in der Marienburg am Steffensweg. Vortrag des Bezirksleiters Gewerkschaftssekretär Hartmann Hamburg.
- Commerz (Hild.)** Sonntag, den 22. März abends 6 Uhr Generalversammlung bei Herrn Balk.
- Duisburg I.** Samstag, den 21. März abends 9 Uhr Versammlung bei Koppentra. Banheimerstr.
- Duisburg-Großenbaum.** Sonntag, den 22. März nachm. 5 Uhr Versammlung bei Kömer in Buchholz.

- Essen-Mitteldorf.** Sonntag, den 22. März abends 6 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Essenburg.
- Essen-Borbeck-Schönebeck.** Sonntag, den 22. März vorm. 11 Uhr Versammlung Verkehrslokal Hausmann.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 22. März, abends 5 Uhr Versammlung Verkehrslokal Köhmer-Röhmerstraße.
- Essen-Schloffer und Schulte.** Samstag, den 21. März, abends 9 Uhr Versammlung; hierzu haben sämtliche Kollegen unbedingt zu erscheinen. Verkehrslokal Gewerkschaftshaus.
- Essen-Berge-Borbeck.** Sonntag, den 29. März nachm. 4 Uhr Versammlung Verkehrslokal Voormann Hochstr.
- Essen-Bottrop.** Sonntag, den 29. März nachm. 4 Uhr Versammlung Verkehrslokal Troogemann. Referent Kollege Lempe.
- Essen-Altendorf.** Sonntag, den 29. März abends 6 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Essenburg, Altdorferstr. Referent Kollege Lempe.
- Oppeln.** Sonntag, den 22. März 1/4 Uhr Versammlung bei Herr „Zum Schwan“. Vortrag Konfessionelle Arbeitervereine und christl. Gewerkschaften. Referent Bezirksleiter Thelen aus Maudern.
- Erzgebirge.** Samstag, den 4. April, abends 8 Uhr bei Kausch.
- Haindorf.** Sonntag, den 22. März abends 5 Uhr Mitglieder-Versammlung.
- Helgenkirchen Pulmf.** Sonntag, den 22. März nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen bei Kesch-be.
- Helgenkirchen Pülten.** Samstag, den 21. März abends 8 Uhr Versammlung bei Kausch.
- Heisingen.** Nächste Versammlung 20. März im Vereinslokal.
- Höppingen.** Samstag, den 21. März abends 8 Uhr Versammlung im Rosenlaunen.
- Glückberg.** Samstag, den 21. März abends 7 1/2 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus bei Peter Koppitz.
- Sektion Herford.** Donnerstag, den 26. März Mitglieder-Versammlung bei W. Reib abends 6 1/2 Uhr am Bahnhof.
- Serne.** Mittwoch, den 1. April abends 8 1/2 Uhr bei Rosenkranz.
- Sattungen.** Sonntag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr bei Hammer.
- Krefeld.** (Sektion der Elektro-Monteur). Samstag, den 21. März abends 9 Uhr Versammlung bei Herr Meißner. Vortrag des Kollegen Heimrich und Sieben über Konstruktion der Dynamomaschinen und Motoren.
- Mülheim-Styrum.** Sonntag, den 22. März vorm. 11 Uhr bei Dreien. Auch die Mülheimer Kollegen werden gebeten, vollständig an dieser Versammlung zu erscheinen.
- Mainz.** Samstag, den 1. März abends 8 Uhr Versammlung Referat des Bezirksleiter Schmeier, Offenbach.
- München.** Samstag, den 21. März abends 8 Uhr Monats-Versammlung im Kolleggarten. Referent Kollege Kausch. Zu dieser Versammlung müssen die Kollegen der Großbetriebe vollständig erscheinen. Thema: Arbeitszeit in der Münchner Maschinenindustrie. — Sonntag, den 5. April vorm. 10 Uhr Delegierten- und Vertrauensmänner-Versammlung. Die Delegierten sind verpflichtet jeden ersten Sonntag im Monat abzurechnen mit dem Ortskassierer.
- Markt-Redwig.** Sonntag, den 22. März nachm. 3 Uhr bei Fritz Geer Vereinshaus Versammlung mit Vortrag des Kollegen Scherer.
- Neuningen.** Sonntag, den 28. März nachm. 3 Uhr Versammlung im Lokale zum Hirsch.
- Neuiges.** Unsere Mitgli der Versammlungen sind jeden 4. Samstag im Monat abends 1/2 9 Uhr bei Joh. Espei. Nächste Versammlung ist am 24. März.
- Ortsverwaltung Oberhausen-Mülheim-Sterkrade.** Das Büro befindet sich jetzt Wauerstr. 14, parterre. Alle Zuschriften und Sendungen sind nur an diese Adresse zu richten. Erwerbslosenmeldungen müssen sofort gemacht werden, widrigenfalls jeder seiner Rechte verliert. Neben Donnerstag Abend 8 Uhr findet auf dem Büro Vertrauensmänner-Versammlung statt.
- Ofer.** Am Sonntag, den 22. März im Lokale von H. Bod Familienabend. — Am Dienstag, den 24. März Gruppenversammlung für Gedingearbeiter und Beschäftigungsläufer.
- Recklinghausen.** Sonntag, den 5. April vorm. 11 Uhr bei Post Wäckerstraße.
- Rheinfelden.** Sonntag, den 22. März abends 7 Uhr im Wöbgerbräu öffentlich Versammlung.
- Sterkrade.** Sonntag, den 22. März morgens um 11 Uhr Mitglieder-Versammlung.
- Sterkrade.** Sonntag, den 22. März nachm. 4 Uhr bei Sittlerheim im Gewerkschaftshaus.
- Schramberg.** Nächste Mitglieder-Versammlung Samstag, den 21. März abends 8 Uhr im Bären.
- Sindheim i. Gl.** Samstag 21. März abends 6 Uhr Versammlung im Verbandslokal. Referent Bezirksleiter Thelen.
- Siegburg.** Sonntag, den 22. März im Minoriten Mitglieder-Versammlung morgens um 10 Uhr.
- Schweidnitz.** Samstag, den 28. abends 8 1/2 Uhr im Waldfischlössl Versammlung mit Vortrag des Kollegen Sauer.
- Weher.** Von Auswärts ziehende oder durchreisende Kollegen mögen sich melden bei Paul Schmitz, Rosenstr. dort befindet sich auch ein Logisnachweis.

Gewerkschaftssekretär gesucht!

Für das christl. Gewerkschaftskartell Helgenkirchen wird ein Kartellbeamter gesucht. Offerten mit selbstgeschriebenen Lebenslauf nebst Angaben über die Tätigkeit in der Organisation, sowie eines Aufsatzes über die Aufgaben eines Kartellbeamten, sind bis spätestens 7 April, in dem Kennzeichen „R. B. 1. 0“ versehen, an den Kollegen Adalb. Jahn Helgenkirchen Grenzstr. 42a. zu senden.

Der Kartellvorstand J. A. Jos. Schug Vorsitzender.